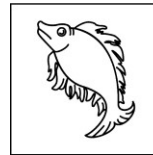


EINWOHNERRAT



Gemeinde
HORW

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**
Sitzungsdatum **19. Mai 2022, 15.00 – 20.20 Uhr**
Sitzungsort **Aula Schulhaus Zentrum**
Vorsitz **Stefan Maissen**

PROTOKOLL NR. 408

Anwesend	30 Einwohnerratsmitglieder 5 Gemeinderatsmitglieder 1 Gemeindeschreiberin	Entschuldigt	- Luthiger Daniela, Die Mitte, anwesend bis 18.00 Uhr - Wyss Rita, L20, anwesend ab 16.00 Uhr
----------	---	--------------	---

Traktandenliste

- | | |
|---|----------|
| 1. Vorstellung Gründungsgruppe Jugendparlament Horw | Seite 3 |
| 2. Dringliche Interpellation Nr. 2022-747 von Daniela Luthiger, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Unterbringung und Betreuung von Kriegsflüchtlings der Ukraine | Seite 4 |
| 3. Interpellation Nr. 2022-744 von Daniela Luthiger, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Förder- und Mentoringprogramm für Jugendliche | Seite 5 |
| 4. Bericht und Antrag Nr. 1696 Jahresbericht 2021 | Seite 5 |
| 5. Bericht und Antrag Nr. 1695 Planungsbericht «Arealentwicklung Chrischona» | Seite 13 |
| 6. Bericht und Antrag Nr. 1697 Planungsbericht «Sozial- und Freiraumanalyse» | Seite 22 |
| 7. Fragestunde | Seite 32 |
| 8. Bericht und Antrag Nr. 1698 Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» | Seite 32 |

Sprecher/in

Stefan Maissen (FDP)

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen

- Gemäss Geschäftsordnung informiere ich Sie, dass der Kommunikationsbeauftragte der Gemeinde Horw, Christian Volken, an der heutigen Sitzung einige Bilder für interne Zwecke machen wird.
- Wie schon einmal bekanntgegeben, findet der Einwohnerratsausflug am Samstag, 2. Juli 2022 statt. Ich bitte Sie, das Datum zu reservieren.
- Der Tennisclub Horw feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Aus diesem Grund organisiert der Club am Sonntag, 10. Juli 2022 ein grosses Tennis-Plausch-Doppelturnier, zu dem der Einwohnerrat als Dank für die Unterstützung eingeladen ist. Wir können an dem Anlass bis zu zwei Teams stellen. Diejenigen, die tennisbegeistert sind, sind herzlich willkommen, sich für das Turnier anzumelden. Der Anmeldeschluss ist am 4. Juni 2022 unter www.tchorw.ch.

Repräsentationen

- 8. April 2022: Wintercup-Abschlussabend des Skiclubs Horw
- 22. April 2022: Eröffnung der LUGA
- 22. April 2022: Generalversammlung des Quartiervereins Biregg
- 7. Mai 2022: Inthronisation Eglivater
- 13. Mai 2022: Generalversammlung des Ortsvereins Kastanienbaum/St. Niklausen
- 14. Mai 2022: Einweihung des neuen Pfadiheims

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind folgende Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1687 Projektierungskredit Ergänzungsbau Schulanlage Allmend
- Bericht und Antrag Nr. 1693 Erwerb Grundstück Nr. 508, Bahnhofstrasse 4, GB Horw

Einbürgerungen

Die Bürgerrechtsdelegation hat an ihrer Sitzung vom 9. Mai 2022 sieben Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 407 der Sitzung vom 31. März 2022 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Neueingänge

- 19. April 2022: Postulat Nr. 2022-746 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Schulwegsicherheit Abschnitt Buholz bis Schwandenweg
- 25. April 2022: Interpellation Nr. 2022-748 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Seebad Horw - Kriterien Pächter-Vergabe
- 28. April 2022: Postulat Nr. 2022-747 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Förderung der erneuerbaren Energie im Horwer Talboden
- 6. Mai 2022: Interpellation Nr. 2022-749 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Mattenhofkreisel
- 11. Mai 2022: Interpellation Nr. 2022-750 von Charlotte Schwegler, L20, und Mitunterzeichnenden: Lohnfortzahlung Kirchfeld AG – was sind Versprechen der Gemeinde wert?

Da ich aus beruflichen Gründen die Sitzung um 18.00 Uhr verlassen muss, stelle ich den Antrag, die Traktanden 7 und 8 nach vorne zu verschieben, damit ich zu meinen Interpellationen Stellung nehmen kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Gegen den Antrag wird nicht opponiert.

Stefan Maissen (FDP)

1. Vorstellung Gründungsgruppe Jugendparlament Horw

Ich freue mich ausserordentlich, dass die Gründung des Jugendparlaments tatkräftig vorangetrieben wird. Die Gründungsgruppe mit Carla Studer, Ursina Portmann, Mira Meyer, Niklas Graf und Jonathan Wirz wird nun in einer rund 10-minütigen Präsentation über den Stand der Arbeiten zur Gründung eines Jugendparlamentes Horw informieren. Zur Gründungsgruppe gehören noch Lisa Schläfli und Lucie Duss, die heute verhindert sind. Begleitet wird die Gründungsgruppe von Rahel Obrist, Praktikantin Soziokulturelle Animation.

Stefan Maissen (FDP)

Die Jugendlichen zeigen eine Präsentation und informieren, wie sie sich die Arbeit im Jugendparlament, JUPA HORW, vorstellen. Für das Erscheinungsbild wurde ein Logo in violetter Farbe gewählt, weil in keiner Partei des Einwohnerrates Horw diese Farbe vorhanden ist und das JUPA politisch neutral sein möchte.

Ziele

- Mitsprache von Jugendlichen aus Horw
- Gleichberechtigung (für Jugendliche und allgemein)

Tätigkeiten

- Politik: z. B. Debatten & Podium zu politischen Themen, Austausch mit interessierten Politikerinnen und Politikern
- Projekte: z. B. Begrünung Horw, Lernplätze

Beitritt

- Jugendparlament soll für alle Jugendlichen aus Horw offenstehen
- Beitritt einfach und unkompliziert, man kann sofort an Sitzungen teilnehmen

Alter

- Vor allem Schülerinnen und Schüler der Kanti/Sek/Lehre.
- Zwischen 12-20 Jahren
- Die Altersgrenze liegt bei 20, weil der Fokus auf die Sek, Lehre und Kanti gelegt wird

Mitglieder und Mitgliedergewinnung

- Minimum Mitglieder: 8
- Kein Maximum, aber ab 15 Mitgliedern braucht es klare Struktur
- Mitgliedergewinnung durch Werbung, Bekannte, evtl. online, Vorstellungen etc.
- via Jugendanimation (Zusammenarbeit)

Struktur

- fixe Sitzungstermine
- verschiedene Ämtli
- Rechtsform: Verein (Erstellung Statuten im Sommer)
- Amtsperiode 1 Jahr, immer anfangs Schuljahr
- Finanzierung durch die Kinder- und Jugendförderung (Projektgelder)

Was bisher geschah

- Start Mitte Januar 2022, alle 1-2 Wochen Gründungssitzungen für Organisatorisches
- Werbung / Mitgliedergewinnung besprochen
- Treffen mit unterstützenden Politikerinnen und Politikern
- Zusammenarbeit mit Dachverband Schweizer Jugendparlamente
- Friedenskundgebung Ukraine-Krieg in Bern

Weiteres Vorgehen

- theoretische Entscheidungen fällen (z. B. Statuten)
- Jugendfest: öffentlicher Auftritt / Mitgliedergewinnung
- Webseite
- reguläre Aktivitäten

Erstes Projekt: Begrünung von Horw

- Hochbeete bzw. Kisten aufstellen mit Sitzgelegenheiten
- Dekoration und gemütlicher Ort zum Verweilen für alle aus Horw
- Gut für die Umwelt
- Wir machen auf uns aufmerksam

Die Jugendlichen bedanken sich für die Möglichkeit, dass sie Jugendparlament vorstellen durften und hoffen, dass sie in Zukunft durch den Einwohnerrat unterstützt werden.

Der Einwohnerratspräsident dankt der Gründungsgruppe für die spannende Präsentation und das spürbare Engagement der Jugendlichen. Das Jugendparlament sei auf einem guten Weg und der Einwohnerrat sehr gespannt, was umgesetzt werden wird. Für Horw sei das eine grosse Chance, bei jungen Menschen Interesse an politischen Themen zu wecken.

2. Dringliche Interpellation Nr. 2022-747 von Daniela Luthiger, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Unterbringung und Betreuung von Kriegsflüchtlingen der Ukraine

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 7. April 2022 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Ich wünsche Diskussion.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Mittlerweile ist viel passiert und mich würde interessieren, wie der aktuelle Stand zur Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge in Horw ist. Wurden diese vorwiegend in privaten Räumlichkeiten untergebracht oder hatte Horw jetzt mehr Möglichkeiten zu bieten?

Aktuell sind ca. 30 Geflüchtete in der Gemeinde Horw, davon 6 Kinder, die eingeschult wurden. Alle sind bei Privaten oder Verwandten untergebracht. Vom Kanton wurden uns bis jetzt keine geflüchteten Personen zugeteilt, da sich nicht so viele im Kanton Luzern befinden. Mit den grossen Räumlichkeiten, die die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) gefunden und eingerichtet hat, stehen genügend Plätze für die Personen zur Verfügung, die jetzt aktuell ankommen. Darum wurde auch noch nicht auf Privathaushalte zurückgegriffen. Man rechnet im Sommer mit mehr Personen, aktuell ist aber eher eine ruhige Phase. Der Strom von der Ukraine hat ein wenig abgenommen, es ist auch der Gegenstrom zu beobachten, dass Leute aus Kiew und Umgebung wieder zurückgehen. Man merkt, dass die Personen nicht bei uns bleiben, sondern so schnell wie

Claudia Rösli Schuler (L20)

möglich wieder in ihre Heimat möchten. Das Staatssekretariats für Migration (SEM) berücksichtigt jetzt auch vor allem Kantone, die überhaupt noch keine Geflüchteten aufgenommen haben, wie z. B. der Kanton Tessin, der aktuell mehr nehmen muss als der Kanton Luzern.

Wenn unserer Gemeinde Geflüchtete zugeteilt werden, haben wir 10 Wochen Zeit, um Örtlichkeiten zu suchen. Dann werden wir auf private Anbieter angewiesen sein. Der Kanton Luzern prüft zurzeit die privat gemeldeten Wohnungen, denn Geflüchtete dürfen nur in Haushalte verteilt werden, für dessen Personen kein Strafregisterauszug vorliegt.

Gibt es für die Zuteilung von Geflüchteten einen Verteilschlüssel und kann man Zahlen nennen, wie viele Personen der Gemeinde Horw zugeteilt werden könnten?

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Der Verteilschlüssel beruht auf den Jahren 2015/2016 als damals die Geflüchteten aus Eritrea und Syrien kamen. Das Kontingent, das uns damals zugeteilt wurde, ist noch nicht ausgelastet und das bedeutet, dass wir etwa noch 150 Geflüchtete aufnehmen müssen. Der Verteilschlüssel kann sich aber je nach Situation massiv erhöhen. Falls wir die ca. 150 Personen nicht in der Gemeinde Horw unterbringen können, müssen wir eine finanzielle Entschädigung leisten.

Claudia Rösli Schuler (L20)

Wie ist der Stand der Integration der sechs Schülerinnen und Schüler, die die Auffangklasse besuchen?

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Die sechs Schüler verschiedenen Alters haben sich sehr gut integriert und sind jetzt so weit, dass sie in die Regelklasse überführt werden können. Weil wir keine weiteren Kinder haben, werden wir unsere Übergangsklasse bis auf Weiteres schliessen und erst wieder anfangen, wenn uns wieder Kinder zugeteilt werden. Es hat sich sehr bewährt, dass die Kinder erst in einer Übergangsklasse intensiv Deutsch lernen konnten.

Claudia Rösli Schuler (L20)

3. Interpellation Nr. 2022-744 von Daniela Luthiger, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Förder- und Mentoringprogramm für Jugendliche

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 24. März 2022 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Vielen Dank, ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

4. Bericht und Antrag Nr. 1696 Jahresbericht 2021

Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Der finanzielle Jahresbericht der Gemeinde Horw lautet für das Jahr 2021: Die Erfolgsrechnung 2021 schliesst mit einem Ertrag von 108.9 Mio. Franken und einem Aufwand von 92.83 Mio. Franken ab. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 4.6 Mio. Franken und damit ein Schuldenausbau. Statt ausgebaut, können nun die Schulden weiter abgebaut werden. Grund für das überraschend positive Ergebnis sind wie in den vergangenen Jahren ausserordentliche Steuererträge durch überdurchschnittliche Dividendenausschüttungen. Diese Sondereffekte fallen ab dem Jahr 2022 definitiv weg. Das

Zitat aus dem Jahresbericht 2021 kommt uns aus den Vorjahren sehr bekannt vor. Das muss aber kein schlechtes Zeichen sein, sondern es ist jetzt noch einmal mit den Dividenden weitergegangen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Jahresbericht 2021, der nicht nur aus finan-
ziellem Inhalt besteht, an zwei Sitzungen mit den Gemeinderäten und der Verwaltung
besprochen. Die GPK ist mit dem Jahresbericht 2021 einverstanden. Er legt nachvoll-
ziehbar dar, wie das finanzielle Jahresergebnis entstanden ist, wie die Ziele erreicht
wurden und welche Messgrössen erreicht werden konnten. Das Ergebnis zeigt sich auf
der Ertrags- und auf der Aufwandseite besser als budgetiert, insbesondere die Einhal-
tung der Budgets der Sach- und Betriebsaufwände ist lobenswert. Durch den 20 Mio.
Franken höheren Überschuss als budgetiert, entwickelt sich jetzt die Nettoverschuldung
pro Kopf weniger bald zu einer kritischen Grösse als uns auch schon angezeigt wurde.

Die GPK kann nachvollziehen, dass einige Investitionen und Projekte 2021 nicht abge-
schlossen werden konnten und die Budgets übertragen wurden. Trotzdem ist es
schade, dass die Projektplanungen offenbar manchmal nicht genügend Zeitreserven für
Unvorhergesehenes einplanen. Wir geben jedoch der Gemeindeverwaltung das Ver-
trauen, auch 2022 seriös an den Projekten und Investitionen weiterzuarbeiten.

Weitere Informationen über den Jahresbericht 2021 entnehmen Sie dem B+A. Er gab in
der GPK keinen weiteren Diskussionsbedarf, den ich hier darlegen könnte. Die GPK ist
darum einstimmig für Eintreten und Annahme des Jahresberichts 2021.

Eintreten BVK

Anlässlich ihrer Sitzung hat die BVK die baurelevanten Themen des B+As Nr. 1696 be-
raten. Die Rechnung 2021 schliesst deutlich über dem budgetierten Defizit ab. Wesentli-
che Gründe für den hohen Ertragsüberschuss von rund 16 Mio. Franken sind erneut
ausserordentliche Steuererträge, aber auch ein tiefer ausgefallener Personal- und Sach-
aufwand. Hier wurden einerseits Globalbudgets teilweise nicht ausgeschöpft und ande-
rerseits konnte wegen Corona einiges nicht stattfinden, so sind zum Beispiel auch Wei-
terbildungen beim Personal weggefallen. Bezüglich Finanzstrategie hat die Gemeinde
Horw das Szenario «pessimistisch» jetzt definitiv verlassen. Jetzt fallen die Sonderer-
träge durch ausserordentlich gute Steuerzahlende aber definitiv weg, da diese ihren
Wohnsitz verlegt haben. Die nächsten Jahre werden nun zeigen, wie gut die Ergebnisse
ohne ausserordentliche Erträge sind und wie stark der Finanzausgleich die Ergebnisse
belasten wird.

In der Detailberatung gab es noch einige Fragen und Bemerkungen der BVK. So fiel
uns auf, dass der betriebliche Unterhalt deutlich unter Budget abgeschlossen hat. Die
BVK weist darauf hin, dass man den Unterhalt nicht hinausschieben, sondern stetig
dranbleiben soll. Gemäss Gemeinderat wird der Unterhalt gemacht, welcher nötig ist,
und dies führt dann zu gewissen Schwankungen zwischen den Jahren. So wurde zum
Beispiel 2020 deutlich mehr ausgegeben.

Eine Frage gab es zu den Allmend-Rangern und deren Bedeutung für Horw. Gemäss
Gemeinderat beteiligt sich Horw an den Kosten dieser ehrenamtlichen Tätigkeit. Die
BVK hat sich in ihrer Sitzung auch nach dem Stand der Projekte Seefeld, Revision Bau-
und Zonenreglement, sowie Richtplan Fuss- und Veloverkehr erkundigt. Die BVK zeigte
sich zufrieden, dass es bei allen Projekten vorangeht und die nächsten Schritte eingelei-
tet sind. Aufgefallen sind uns die Wasserverunreinigungen bei Bautätigkeiten. Der zu-
ständige Gemeinderat hat erläutert, dass ca. dreimal pro Jahr Umweltkontrollen durch
ein beauftragtes Büro vorgenommen werden und bei Verstössen konsequent Strafan-
zeige gestellt wird. Die BVK stellt in den Raum, ob allenfalls die Kadenz der Kotrollen
erhöht werden müsste, um eine bessere Selbstkontrolle der Baufirmen zu erreichen.

Andrea Hocher (Die
Mitte)

Die Villa Krämerstein ist nun fertig und bezogen, bis ca. Ende Jahr wird dem Einwohnerat, gemäss Gemeinderätin, Bericht über die Auslastung des Sockelgeschosses erstattet. Beim Studienauftrag Friedhof erkundigte sich die BVK ebenfalls nach dem Stand. Gemäss Gemeinderätin hat man inzwischen eine Offerte erhalten, welche sich aber jenseits von Gut und Böse bewege. Nun wird weiter nach einem geeigneten Büro gesucht.

Die Fragen der BVK konnten von den zuständigen Gemeinderäten alle zur Zufriedenheit beantwortet werden. Für das gute Jahresergebnis gebührt der Dank auch allen Angestellten der Gemeindeverwaltung sowie den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Sie haben sich an das Budget gehalten und dort, wo es möglich war, das Resultat der Jahresrechnung positiv beeinflusst.

Die BVK ist für Eintreten und stimmt dem B+A Nr. 1696 einstimmig zu.

Eintreten GSK

Hans Stampfli (SVP)

Zuerst möchten wir der Verwaltung ein Lob für die akribische Verfassung des B+As aussprechen. Wir haben diesen lange und eingehend diskutiert. Da in unseren Reihen viele Abkürzungen nicht geläufig waren, wird angeregt, ein Glossar einzuführen.

Aufgabenbereich 121: Bildung

- Der Schulbetrieb hatte in diversen Punkten unter der Covid-Pandemie bzw. deren Massnahmen zu kämpfen. So konnten während der Corona-Zeit nicht alle Gruppenarbeiten durchgeführt und ein ganz anderer Weg des Unterrichts musste gewählt werden.
- Wir haben gelernt, dass MySchool zusammen mit Office-365 eingesetzt wird. Dabei werden Daten in der Cloud gespeichert, dies sei aber datenschutzkonform, da keine Daten der Verwaltung betroffen sind.
- Betreffend Educase haben wir erfahren, dass Horw diese Software nicht einsetzt, aber der Gemeinde durch die bestehenden Verträge ein finanzieller Schaden entsteht.
- Dass in Horw alle Abgänger der Sekundarstufe eine Anschlusslösung gefunden haben, sei hier lobend erwähnt.
- Dass ab 2023 ein Case-Management für verhaltensauffällige Schüler eingesetzt werden soll, begrüssen wir. Dadurch werden Lehrpersonen entlastet.
- Musikschullehrpersonen sind neu vom Kanton angestellt. Das Überweisen der Personaldossiers hat einen grossen Mehraufwand benötigt.

Aufgabenbereich 401: Gesundheitswesen

- Die Anzahl Pflegestunden der privaten Spitex wurden vom Finanzdepartement anhand der tatsächlichen Zahlungen nachgerechnet: Es sind nicht knapp 10'500, sondern 2580.
- Die ambulante Pflege hat infolge Corona zugelegt, weil mehr Personen zu Hause bleiben wollten.
- Bei der stationären Pflege hat sich bei der jährlichen Berechnung ergeben, dass der Kirchfeld AG eine Nachzahlung von 144'000 Franken ausbezahlt werden musste.

Aufgabenbereich 402: Familie plus / Jugend / Kind

- Die Koordinationsstelle muss weiterhin administrativ entlastet werden.
- Eltern haben ein erhöhtes Bedürfnis an Kinderbetreuung nach der Schule. Die bestehenden räumlichen und personellen Engpässe sind bekannt. Dies soll sich verbessern, wenn durch den Ergänzungsbaubau Allmend wieder Räume frei werden.

Aufgabenbereich 403: Sozialhilfe und -beratung

- Die vergleichsweise geringe Rückerstattungsquote des Alimenteninkasso ist der vakanten Stelle einer entsprechenden Fachperson geschuldet. Aus diesem Grund wurde diese 40 %-Stelle per 1. Januar 2022 nach Kriens ausgelagert.
- Was die Mietzinsbeihilfen angeht, so dürfen Empfänger von Ergänzungsleistungen aus Datenschutzgründen nicht mehr direkt angeschrieben werden. Aus diesem Grund wird jährlich ein Hinweis im Blickpunkt und auf dem Anschlagbrett publik gemacht. Erfreut haben wir festgestellt, dass die Beiträge der Ergänzungsleistungen für Mietzinsbeiträge erhöht wurden.

Aufgabenbereich 404: Kultur

Beim Transferaufwand sind die grössten Abweichungen zwischen Budget und Rechnung bei der Anschubfinanzierung Zwischenbühne. Es wurden 60'000 Franken budgetiert und 30'000 Franken verrechnet. Beim Kulturpreis wurden – Corona geschuldet – 50'000 Franken budgetiert und 10'000 Franken verrechnet.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung der GSK-relevanten Aufgabenbereiche. Die GSK wird keine Anträge stellen.

Eintreten L20

Die L20-Fraktion hat den Jahresbericht 2021 letzte Woche intensiv besprochen. Unser Dank geht an alle, die sich im vergangenen Jahr zugunsten der Gemeinde Horw eingesetzt und zu dem guten Rechnungsergebnis beigetragen haben.

Wie schon im vorausgegangenen Jahr schliesst auch die Rechnung 2021 deutlich besser ab als budgetiert. Anstelle eines Defizits von 4.6 Mio. Franken resultiert ein Ertragsüberschuss von knapp 16.1 Mio. Franken. Und wie auch im Jahr 2020, ist der Hauptgrund in ausserordentlichen und leider nicht nachhaltigen Steuerträgen zu finden. Aber auch auf der Aufwandseite wurde die Mehrheit der Globalbudgets zum Teil deutlich nicht ausgeschöpft.

Was auf den ersten Blick sehr erfreulich ist, wirft auf den zweiten Blick trotzdem ein paar Schatten voraus: Der Klimawandel verlangt von uns entschiedenes und konsequentes Handeln, nicht nur, um von den fossilen Energien wegzukommen – Stichwort klimafreundlicher Gebäudepark – sondern auch, um unsere Gemeinde an die neuen Klimabedingungen anzupassen – Stichwort Sozial- und Freiraumanalyse.

Etliche weitere Investitionen stehen an, wie zum Beispiel beim Schulhaus Allmend oder beim Bushof und Bahnhofplatz, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Dazu müsste auch mehr in den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur investiert werden.

Pauschale Sparvorgaben, wie die Quote von 1 % beim Personal- und Sachaufwand, sind vor allem in Hinblick auf die stetig gestiegenen Anforderungen, die zahlreichen Projekte und die wieder zunehmende Teuerung nicht nachhaltig und werden ohne Abstriche bei der Qualität nicht aufrechterhalten werden können.

Der gute Rechnungsabschluss muss darum vor allem dazu genutzt werden, die anstehenden Investitionen möglichst schnell umzusetzen und der Gemeinde die Mittel zuzusprechen, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben braucht. Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen und zeitnahen finanziellen Herausforderungen wäre es kurz-sichtig und vermessen, das gute Ergebnis 2021 nun als Vorwand für eine Steuerreduktion zu benützen.

Die L20 ist für Eintreten auf den Jahresbericht 2021 und wir werden der Genehmigung des Jahresberichts 2021 zustimmen.

Frank Matter (L20)

Eintreten Die Mitte/GLP

Pius Barmet (GLP)

Einmal mehr wird ein sehr erfreuliches Ergebnis präsentiert. Die Gemeinde Horw konnte einen Ertragsüberschuss von 16.07 Mio. Franken vermelden, wobei ein Aufwandüberschuss von 4.6 Mio. Franken budgetiert war.

Wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren hat die Gemeinde Horw mit tieferen Erträgen gerechnet. Die hohen Erträge sind, wie in den letzten Jahren, auf ausserordentliche Effekte bei mehreren Steuerzahlenden zurückzuführen. Leider haben sich die angekündigten Wegzüge von einigen finanzkräftigen Steuerzahlenden im ersten Quartal dieses Jahres bestätigt, sodass sich die Gemeinde Horw nun definitiv auf Steuererträge in der angekündigten Grössenordnung aus der Finanzstrategie einstellen muss. Vor diesem Hintergrund beurteilen wir das sehr positive Ergebnis von 2021 als äusserst wichtig. Dies ermöglicht der Gemeinde, sich von den Szenarien «Stress» und «Challenge» zu verabschieden und sich nahe dem Basisszenario zu orientieren. Wenn man zum Beispiel die Verschuldung der Gemeinde betrachtet, musste man bis vor zwei Jahren mit einer Nettoschuld pro Einwohner von bis zu 3'500 Franken in den Jahren 2024-2025 rechnen. Dank dem Polster aus den erwähnten Abschlüssen, kann man davon ausgehen, dass sich die Nettoschuld pro Einwohner bei zirka 1'500 Franken stabilisieren wird und somit deutlich unter dem festgelegten Maximalwert von 2'500 Franken pro Einwohner bleiben wird.

Selbstverständlich ist uns bewusst, dass die zukünftige Entwicklung der Schulden stark von den zu realisierenden Investitionen abhängig ist. Diesbezüglich stehen bekanntlich einige grosse Projekte an, zum Beispiel das neue Schulhaus Allmend oder Massnahmen im Sinne von Ökologie und Klima, wie wir dies heute mit dem klimafreundlichen Gebäudepark noch behandeln werden.

Man kann feststellen, dass die Gemeinde in einem hohen Grad handlungsfähig ist und auf die anstehenden Aufgaben reagieren kann. Gerade auch deswegen kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht über Steuersenkungen diskutieren. Es ist aber natürlich ein Szenario, das im Raum steht. Vorgängig müssen wir aber die Signale abwarten, wie sich die Steuererträge im Verlauf des Jahres entwickeln und natürlich auch eine aktualisierte Übersicht über die anstehenden Investitionen haben.

Ich komme zurück zur vorliegenden Rechnung 2021. In der Fraktion wurden die einzelnen Aufgabenbereiche ebenfalls punktuell beraten. Aus Sicht der Fraktion gibt es keine Auffälligkeiten, welche hier speziell erwähnt werden müssten. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Arbeit des vergangenen Jahres und die Arbeit für das Erstellen der Rechnung. Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung des Jahresberichts 2021.

Eintreten FDP

Urs Röllli (FDP)

Das «Finanzmärchen» ist auch 2021 weitergegangen, nur ist jetzt aber mit dem Wegzug endgültig Schluss! Wir konnten ein sattes Plus von 20 Mio. Franken gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss feststellen. Auch die Empfänger des Finanzausgleichs werden sich wohl über das Resultat sehr freuen. Diesbezüglich wurde leider auf die Erhöhung des Eigenkapitals für den Finanzausgleich verzichtet. Zudem wurden Aufwertungsreserven im Umfang von 3 Mio. Franken aufgelöst, die mit der Einführung von HRM2 gebildet wurden, die Finanzkosmetik ohne wirkliche Wertschöpfung sind.

Steuern belassen versus Steuern senken, dies wird wohl im November 2022 ein Thema sein. Insofern haben wir aber auch noch einige Investitionen – insbesondere auch in den Gebäudepark – diesbezüglich gilt es, diesen nicht zu vernachlässigen und dies den zukünftigen Generationen zu überlassen. Ein Negativ-Beispiel haben wir in einer Gemeinde in unmittelbarer Nähe.

Wie immer, waren auch dieses Jahr die Kennzahlen fast das Gesprächsthema Nummer 1 in der GPK. Man staunt, dass auch das nicht immer verstanden wird und dass das eine Idee der GPK sein soll. Aber der Kanton verlangt diese explizit, und es gäbe sicher noch Beispiele, wie man das optimieren könnte. Sei das z. B. die Optimierung der Kopien oder etwas anderes. Wir haben gesehen, es gibt da anscheinend gute Beispiele, eines ist die Beleuchtung, bei der man sieht, dass mit der neuen LED-Beleuchtung der kW-Verbrauch der Gemeinde zurückgeht und das ist doch wirklich erfreulich zum jetzigen Zeitpunkt.

Ein Dauerbrenner sind natürlich auch die internen Verrechnungen; da fällt einem auf, dass die nicht einmal der Finanzvorsteher immer erklären kann!

Die Überträge ins Folgejahr, wie sie dieses Mal recht häufig getätigt wurden, auch Investitionsideen, werfen insofern Fragen auf, ob der Tatendrang nicht grösser ist als die vorhandenen Ressourcen oder ob einfach zu wenig priorisiert wird. Diesbezüglich ist die Ausgangslage mit der finanziellen Situation sehr schön, es macht aber den Anschein, dass dies sehr verlockend ist, etwas mehr auszugeben.

Erfreulich ist in diesem Jahr – eines von den ersten Malen, wo man das so feststellen konnte – dass der Sach- wie auch Personalaufwand im budgetierten Aufwand bzw. sogar ein wenig darunter abgeschlossen werden konnte, und niemand hat dabei etwas verloren.

Wir danken den Mitarbeitenden der Gemeinde Horw für Ihre Arbeit zugunsten der Horwer Einwohnerinnen und Einwohner. Die FDP ist für Eintreten und Zustimmung zum B+A Nr. 1696.

Eintreten SVP

Reto von Glutz (SVP)

Der Jahresbericht 2021 liegt mit einem Ertragsüberschuss von 16.07 Mio. Franken vor. Die SVP Horw hat von einer weiteren Jahresrechnung mit sehr hohem Gewinn erfreut Kenntnis genommen. Dies wird helfen, die während Jahren angestiegenen Verschuldungen nachhaltig zu bremsen, Kredite zurückzuerstatten und notwendige Investitionen zu tätigen bzw. die nächsten ein wenig ruhiger anzugehen. Um den anhaltenden Schuldenabbau aber längerfristig durchzusetzen, muss auch das kostenbewusste Arbeiten in der Verwaltung und im Einwohnerrat fortgesetzt werden. Die Folgen des Aufgaben- und Finanzplans bzw. der kantonalen Reform 18, zusätzliche Auslagen aus der Zeit der Coronamassnahmen und die bekannten Projekte, die in der Gemeinde anstehen, gilt es nach wie vor gemeinsam mit den Reserven zu bewältigen. Sie machen die Finanzplanung in den kommenden Jahren um einiges anspruchsvoller und bei der Umsetzung tragen wir im Parlament und darüber hinaus auch die Verantwortung.

Im allgemeinen Teil kann man das anhaltende, sehr gute Eigenkapital durchaus einmal hervorheben. Der Faktor vermag die kantonalen Anforderungen durchgehend und stets zu erfüllen, denn im gesamten Finanzplanhorizont sinkt er nie unter 90 % des Verwaltungsvermögens. Der hohe Anteil Eigenkapital – und ich hoffe nach wie vor guten Konditionen bei den Banken – lässt uns ein wenig ruhiger die weiteren Investitionen angehen und auch demnächst einmal die Steuerfussfrage diskutieren. Es gilt nach wie vor, die nachhaltigen Auswirkungen auf die Finanzkennzahlen im Auge zu behalten. Darüber hinaus kann der Einwohnerrat aber die Finanzen auch über die Investitionsplanung wesentlich beeinflussen. Wo wir weniger Handlungsspielraum haben, ist auf kantonomer Ebene. Wir zahlen in den nächsten Jahren sehr viel Geld in den Finanzausgleich, der Anteil ist auf 47 % gestiegen. Da ist dem Kantonsrat zu empfehlen, Gegensteuer zu geben, bevor aus den finanzkräftigen Gemeinden das Geld einbricht.

Bei den Steuererträgen ist in den nächsten Jahren mit dem Verblässen des Sondereffekts zu rechnen. Die hohen Dividendenausschüttungen werden endgültig Vergangenheit sein und es gibt weitere Einwände über die unbekannte Zukunft. Es soll aber auch erwähnt werden, dass andere, seit Jahren wiederkehrende Steuereffekte, wie hohe Grundstücksgewinnsteuern und Handänderungssteuern angesichts der Immobilienpreise in unserer Gemeinde mit sehr hohen Einnahmen weiterhin fort dauert. Überdurchschnittlich hohe Steuererträge sind Fakt und diese dürften anhalten. Unter Berücksichtigung einer Reduktion des Gemeindeanteils von 50 % auf 30 % zugunsten des Kantons kann man feststellen, dass die Sondersteuern und ihre Einnahmen anhaltend sehr gut sind. Selbst Erträge aus der Hundesteuer sind gestiegen.

Insgesamt haben wir einen Überschuss von rund 19 Mio. Franken, wie es auf Seite 149 heisst. Welche Gemeinde kann das schon vermelden? Wenn wir uns jetzt einmal bei der Ausgangslage die Überschüsse der letzten Jahre anschauen, beachten Sie doch, dass wir laut Jahresbericht 2019 einen Überschuss von über 20 Mio. Franken hatten, im Jahresbericht 2020 waren es 22 Mio. und im Jahresbericht 2021 sind es rund 16 Mio. Franken. Bei dieser Ausgangslage wird sich anlässlich der nächsten Budgetdebatte, das darf man heute ankündigen, wirklich der Zeitpunkt aufdrängen, hier im Rat über eine Steuerfusssenkung zu diskutieren. Ich glaube, dass jeder und jede Einzelne in einer Zeit von steigenden Lebensmittelpreisen und Lebenshaltungskosten gewiss dankbar ist, dass ihm und ihr auf diese Art und Weise ein paar Franken mehr im Geldbeutel bleiben werden. Dann können die, die möchten, auch noch persönlich etwas für den Klimaschutz machen.

Insgesamt bleibt uns zu danken, dass die Verwaltung nach wie vor einen detaillierten Jahresbericht verfasst hat. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und bei der finanzpolitisch sehr guten Ausgangslage für die Genehmigung der Anträge.

Ich danke den vorberatenden Kommissionen und Ihnen allen für die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Jahresbericht 2021. Gerne leite ich meinerseits Ihren Dank an die Budgetverantwortlichen weiter.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Ein paar Worte zum Gesamtbild: Wie Sie geschildert haben, hat die Gemeinde Horw dank den hohen Steuerträgen in den letzten drei Jahren einen deutlich gesteigerten Handlungsspielraum. Die Meinung ist nicht, jetzt einfach unbedacht Geld auszugeben, aber es stehen Herausforderungen an und Sie haben von links bis rechts gehört, wo diese Herausforderungen liegen könnten. Letztlich ist es ein politisches Ringen und ein politisches Aushandeln, wo man die Schwerpunkte setzt. Die Herausforderungen werden uns aber nicht ausgehen, vor allem im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Demnächst werden Sie im Investitionsprogramm und im Herbst mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2023 sehen, dass vor allem im Bereich Investitionen grössere Ausgaben anstehen. Ausgaben, die nicht einfach konsumiert werden, sondern die investiert werden und nachher auf lange Frist unseren Handlungsspielraum weiterhin erhalten sollen und uns nicht in Bedrängnis bringen. Insofern bitte ich Sie, das Resultat entgegenzunehmen, wie Sie das gemacht haben, aber auch mit dem nötigen Respekt vor den zukünftigen Aufgaben.

Ein Wort zum Effizienzgewinn: Das ist kein Sparauftrag, sondern es ist ein Auftrag, seine eigenen Prozesse zu überdenken. Das ist ein Muss in einer Verwaltung, so wie das in der Privatwirtschaft ein Muss ist. Wir müssen unsere Strukturen und Prozesse überdenken und es zeigt sich in Zusammenarbeit mit den Budgetverantwortlichen, dass es möglich ist, Optimierungen zu erreichen, ohne dass man bei der Qualität der Dienstleistungen eine Einbusse spürt. Das eine Prozent Effizienzgewinn pro Jahr ist ohne die zusätzlichen Aufgaben. Das heisst aber nicht, dass wir keine zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen, sondern wenn wir in der Verwaltung den Auftrag geben, pro Jahr 1 %

effizienter zu werden, geht es um die bisherigen Aufgaben, bei denen man mit verschiedenen Hilfsmitteln – Digitalisierung ist eins der möglichen Stichworte – effizienter arbeiten könnte. Man soll überlegen, ob der Auftrag noch richtig gemacht wird oder ob man das besser machen könnte. Wenn wir diesen Auftrag belassen, regen wir zum Überdenken an und das kommt letztlich allen zugute und ist nicht per se als negative Sparübung anzuschauen. Das führt aber auch dazu, wenn wir fit bleiben mit unseren Finanzen, dass wir später von irgendwelchen Hauruck-Sparübungen verschont werden. Wir haben bei anderen Gemeinden schon mehr als zur Genüge erlebt, dass man plötzlich das Steuer herumreissen und versuchen musste, den Haushalt zu sanieren; eigentlich eine hilflose Angelegenheit, wenn man vorher nicht gut zum Haushalt geschaut hat. Ich bitte Sie deshalb, uns mit der Idee weiterarbeiten zu lassen, effizienter zu werden und der Verwaltung das Vertrauen geben, Aufgaben und Kompetenzen am richtigen Ort anzusiedeln. Dann nehmen Sie auch Ihre Verantwortung wahr und wenn Sie das Resultat auf der Ausgabenseite vom letzten Jahr anschauen, dann können Sie darauf vertrauen, dass das funktioniert.

Bericht und Antrag

4.1 Aufgabenbereich: 111 - Behörden, ab S. 30

Ziele Projekte Gemeinderat, S. 31

Zum Ziel «Strategisches Risikomanagement» stellt die GPK folgenden Antrag auf Bemerkung: «Das Strategische Risikomanagement ist definiert, aber noch nicht implementiert. Der korrekte Status der Zielerreichung ist deshalb 'offen'».

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen den Antrag.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Das Strategische Risikomanagement ist definiert, aber noch nicht implementiert. Der korrekte Status der Zielerreichung ist deshalb 'offen'».

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Anhang zum Jahresbericht 2021

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss:

Der Jahresbericht 2021, bestehend aus

- dem Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms,
- den Berichten zu den Aufgabenbereichen,
- der Jahresrechnung,
- dem Prüfbericht der externen Revisionsstelle,
- dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission,
- dem Kontrollbericht der Finanzaufsicht,

wird einstimmig genehmigt.

Lukas Bucher (L20)

Ruedi Burkard (FDP)

Stefan Maissen (FDP)

5. Bericht und Antrag Nr. 1695 Planungsbericht «Arealentwicklung Chrischona»

Eintreten BVK

Reto Eberhard (SVP)

Mit dem vorliegenden Planungsbericht bewegt man sich zu einem neuen Bebauungsplan. Der Arthur Waser Stiftung ist wichtig, einen guten Dialog mit der Gemeinde zu suchen. Das Grundstück befindet sich an einer besonders exponierten Lage am Vierwaldstättersee. Es muss grundsätzlich architektonisch vorsichtig vorgegangen werden und das Projekt soll sich bezüglich Fassaden und Gesamterscheinungsbild gut in die Landschaft integrieren. Wichtig ist, dass die örtliche Situation und die Nähe zum Landwirtschaftsbetrieb berücksichtigt wird. Die Erschliessung soll nochmals überdacht und nach besseren Varianten gesucht werden. Die Gebäudehöhen sind vernünftig gewählt und tragen zur Eingliederung bei.

Lukas Schnider, Sachbearbeiter Raumplanung und Baubewilligung, hat erwähnt, dass aufgrund der Orientierungsveranstaltung ein Gutachten der eidg. Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik FAT erstellt wird, damit man den Lärm und andere Emissionen berücksichtigen kann und diese nicht zu einem Konflikt führen. Wir werden unter Punkt 5 einen entsprechenden Antrag stellen. Bei der weiteren Ausarbeitung soll der örtlichen Situation mit der Nähe zum Landwirtschaftsbetrieb Rechnung getragen werden.

Die BVK ist für Eintreten auf den Planungsbericht und einstimmig für Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1695.

Eintreten L20

Urs Steiger (L20)

Eine Vorbemerkung zu meiner Rolle: Ich äussere mich zu diesem Geschäft als Mitglied der L20-Fraktion, da es noch kein laufendes Verfahren gibt, in welches der Landschaftsschutzverband Vierwaldstättersee involviert ist. Dies kann sich beim eigentlichen Umzonungsantrag ändern. Entsprechend würde ich dann in den Ausstand treten.

Wir behandeln heute mit dem B+A zum Areal «Chrischona» und nachher mit dem Planungsbericht zur Sozial- und Freiraumanalyse wichtige Themen der Raumplanung. Sie betreffen Kernthemen der Raumplanung, wie den schonenden Umgang mit der Landschaft, die Ausstattung der Siedlungsräume mit Grünflächen und Bäumen, die zweckmässige Zuordnung von Wohn- und Arbeitsgebieten, die Erschliessung sowie den Abbau von Ungleichheiten. Die angestrebte Umzonung des Gebietes Chrischona von der Tourismuszone in eine Wohnzone ist in vielerlei Hinsicht besonders bedenkenswert und entsprechend sorgfältig zu behandeln. Das Gebiet liegt landschaftlich exponiert im Gebiet des Bundesinventars der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) am Siedlungsrand und steht in einer Fortsetzung der Ostküste der Halbinsel, die ab dem Stadtrand von einem Dutzend geschützter Parkanlagen geprägt ist.

Für den Umgang mit dem Grundstück bestehen grundsätzlich drei Optionen:

- Beibehalten der Tourismuszone: Wie die Jahre gezeigt haben, scheint niemand geneigt, an diesem Standort eine neue Hotelanlage zu erstellen. Dies hängt mit der aktuellen Entwicklung im Tourismus zusammen. Es könnte aber auch mit dem Kaufpreis der Liegenschaft zusammenhängen, denn wer für das Land viel oder überhaupt Geld ausgibt, wird gewiss kein rentables Hotelunternehmen betreiben können.
- Das Grundstück ist bekanntlich verkauft worden, spekulierend auf die heute zur Diskussion stehende Umzonung in eine Wohnzone. Das ist die 2. Option.

- Als 3. Option würde sich die Auszonung anbieten. Angesichts dessen, dass für einen Hotelbetrieb kein Interesse besteht, würde dazu die Entschädigung – wenn überhaupt – bescheiden ausfallen. Bei einer Auszonung würde sich die Möglichkeit bieten, die bestehenden Gebäude zu nutzen oder umzubauen. Aus Nachhaltigkeitsüberlegungen wäre dies durchaus eine valable Option. Es gibt berechtigte Überlegungen, dass diese Gebäude nicht nur aus Altergründen, sondern auch von ihrer Funktion als Bildungseinrichtung nicht mit vernünftigem Aufwand angepasst werden können. Dies ist eine Vermutung, ein überprüfbarer Beleg im Sinne einer Machbarkeitsstudie liegt nicht vor.

Blicken wir auf die 2. Option – die Umzonung. Mit ihr schaffen wir einen Geldesel für die Arthur Waser Stiftung, die mit ihrer Tätigkeit ehrbare Ziele in Bildung, in der Kultur und im Sozialbereich verfolgt, letztlich aber auch eine Slot machine braucht, mit der sie ihre Tätigkeit finanzieren kann. Aus Sicht der Gemeinde erfolgt die Umzonung nicht zuletzt auch in der Hoffnung, dass auch in Form von Mehrwertabschöpfung und Steuern etwas für die Gemeinde hängenbleibt. Das durchaus sorgfältig erarbeitete Studienprojekt bringt zudem zahlreiche Vorteile für die Gemeinschaft mit sich. Es erfüllt damit die Grundbedingung, die der Einwohnerrat gefordert hat. Die Aufgabe wurde, auch dank des partizipativen Prozesses, ansprechend und weitgehend gut gelöst. Stimmt man dieser Umzonung auf Basis dieses Projektes zu, muss man sich auch bewusst sein, dass man nicht nur landschaftliche Veränderungen anstösst, sondern auch die gesellschaftliche Struktur in Kastanienbaum mitbeeinflusst. Die Funktion dieser Häuser bzw. Wohnungen als Investmentobjekt ist eine völlig andere als die der meisten der umliegenden Gebäude. Entsprechend wird sich auch eine andere Bewohnerschaft einfinden und es besteht auch eine kleine Gefahr einer Ghettoisierung. Hier ist zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Elemente darauf genügend reagieren oder verstärkt werden müssen.

Hinsichtlich der Nachhaltigkeit und insbesondere der eingesetzten Ressourcen bleibt das vorliegende Projekt noch einiges schuldig und scheint teilweise auch etwas aus der Zeit gefallen. Ganz abgesehen davon, ob Wohnungen mit Grundrissen von 150 bis 190 m² zum haushälterischen Umgang mit dem Boden beitragen, wie es das Raumplanungsgesetz zum Ziel hat, fehlt ein Energiekonzept, was heutzutage eigentlich die Ausgangsbasis für eine derartige Arealentwicklung sein müsste. Auch hinsichtlich der Bauweise ist wenig zu finden und nicht zuletzt bleibt die Frage eines zukunftsweisenden Mobilitätskonzeptes für einen Ort, an dem heute eher Mehrfachautobesitzer zu wohnen gedenken. Die ganze Hügelkante mit einer unterirdischen Parkgarage zu unterlegen, kann nicht als schonender Umgang mit den Ressourcen bezeichnet werden.

Landschaftlich ist im nächsten Schritt zu überprüfen, ob die obere Häuserreihe durch eine andere Platzierung besser eingebettet werden kann. Dazu sind Varianten zu studieren, eventuell auch mit einem Verzicht auf einen Baukörper. Ob die architektonische Orientierung der Gebäude an der Seestrasse am Villen-Baustil in der Umgebung schon geglückt ist, bleibt zumindest fraglich. Schliesslich ist angesichts der landschaftlichen Bedeutung dieser Liegenschaft eine Beurteilung durch die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission zwingend und muss zusammen mit dem Richtprojekt vorliegen. An diesen Schwächen ist im Hinblick auf das Richtprojekt und die Sonderbauvorschriften zu arbeiten. Es darf nicht sein, dass wir insbesondere hinsichtlich der Energiefrage in Kastanienbaum mit anderen Ellen messen als im Horwer Talgrund. Ein Richtprojekt und entsprechende Sonderbauvorschriften sind noch längst kein Bauprojekt. Die Gebäude mögen nun nett aussehen, sind aber im Moment lediglich architektonische Skizzen. Ob dasselbe Architekturteam daran weiterarbeiten wird, können wir heute zwar vermuten, ist aber nicht gesichert. Die Erfahrung in Horw Zentrum und Horw Mitte lehrt uns etwas anderes. Der Qualitätsverlust zwischen Richtprojekt und Bauprojekt ist eher wahrscheinlich als ein Qualitätsgewinn. Entsprechend dem räumlichen Leitbild gilt es daher ein Qualitätsverfahren in den Sonderbauvorschriften vorzusehen, ein begleitetes

Verfahren nach SIA wäre hier empfehlenswert. Wird das Projekt in diesem Sinne weiterentwickelt, kann sich die L20 eine Umzonung vorstellen. Wir würden uns wünschen, dass sich die Arthur Waser Stiftung auch in ihrer Investitionstätigkeit gleich zukunftsorientiert zeigt wie in ihrer kulturellen und sozialen Tätigkeit.

Die L20 nimmt den Planungsbericht zu Kenntnis.

Eintreten Die Mitte/GLP

Mit dem vorliegenden Planungsbericht wird nun alles für einen neuen Bebauungsplan im Gebiet Chrischona aufgegleist. Die Arthur Waser Stiftung hat für die Ausarbeitung des Richtprojektes ein partizipatives Verfahren gewählt, was unsere Fraktion sehr begrüsst hat.

Der vom Einwohnerrat geforderte Mehrwert für die Öffentlichkeit ist aus unserer Sicht mit dem Gemeinschaftsraum und den Spielplätzen umgesetzt. Natürlich sieht auch die Mitte/GLP noch gewisses Optimierungspotenzial, so muss die Erschliessung noch optimiert werden und auch für uns bedarf die örtliche Situation des Gebäudes A zum Landwirtschaftsbetrieb vor der Ausarbeitung des Bebauungsplans noch gewisser Abklärungen. Zu dem Punkt werden wir einen Antrag stellen. Bei der Parkgarage, welche recht grosszügig zu sein scheint, verlassen wir uns darauf, dass dies das vom Einwohnerrat beschlossene Parkplatzreglement regeln wird.

Insgesamt erachtet die Mitte/GLP das vorliegende Projekt als gut, die Fraktion sieht einen Mehrwert für die Öffentlichkeit und ist froh, dass es vorangeht. Die Mitte/GLP stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu und nimmt den Planungsbericht «Arealentwicklung Chrischona» zur Kenntnis.

Eintreten FDP

Wir beraten heute einen Planungsbericht inkl. die dazugehörenden Richtprojekte, die Zwecks der Hoffnung einer guten Ausarbeitung auf die Umzonung von der heute bestehenden Tourismuszone in eine Bauzone bezwecken soll.

Dazu ist es gekommen, weil der Einwohnerrat im September 2017 den Planungsbericht Nr. 1603, Tourismusentwicklung, um gerade eine Stimme Differenz knapp angenommen hat. (Eine Person hat im falschen Moment den Finger hochgehalten, sonst würden wir diesen heute nicht beraten.)

Dem B+A aus dem Jahr 2017 wurde eine Studie der Hochschule Luzern des Instituts für Tourismuswirtschaft als Analyse, Strategie und Massnahmen für die Gemeinde Horw beigelegt. In diesem Bericht stand als 1. Empfehlung für die Sonderbauzone Chrischona, «Erhaltung der Sonderbauzone». Wie Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, jedoch nun wissen, kam es anders und wir beraten heute den Planungsbericht Nr. 1695.

Das St. Chrischona wurde von 1959 bis 1989 von den Diakonissen-Schwestern als Kurbetrieb geführt, deren Mutterhaus in Basel ist. Sicherlich kennen Sie alle dieses Chrischona oder heute das International Management Institut IMI, das sich an einer wunderschönen Lage im Ortsteil Kastanienbaum befindet. Gerne wäre die Schule geblieben und hat auch versucht, dies mit Projekten zu erreichen, doch offensichtlich scheiterte dies an den Finanzen. Das Areal Chrischona wurde vom Mutterhaus an die AWS Chrischona AG, eine Tochter der Arthur Waser Stiftung, verkauft, die darauf das uns nun vorliegenden Richtprojekt erarbeiten liess.

Die FDP-Fraktion hat zudem festgestellt, dass ein Teil noch in der Sonderbauzone Tourismus westlich der Seestrasse vorhanden ist, jedoch einem anderen Käufer verkauft wurde.

Andrea Hoher (Die Mitte)

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Die Erarbeitung haben wir sehr konstruktiv, zielgerichtet und mit den Mitwirkungen und Einbezug der verschiedenen Gremien als sehr gut geplant empfunden. Wenn man die heute bestehenden Gebäude mit den Vorschlägen vergleicht, ist ein sichtlicher Mehrwert für die Öffentlichkeit und die neuen Bewohner dieses Areal zu erkennen.

Selbstverständlich gibt es noch offene Punkte, die wir akribisch verfolgen müssen, damit wir am Ende des Prozesses klar dahinterstehen können. Es gilt, für den Bebauungsplan Vorgaben zu fixieren, damit es mehrheitsfähig wird. Ein Beispiel ist der bestehende Bauernhof, gleich neben den geplanten Gebäuden. Es darf nicht sein, dass künftige Bewohner sich an landwirtschaftlichen Arbeiten und Gerüchen stören und diesen Hof gefährden würden.

Da der Einwohnerrat in der Märzsession 2021 ein neues Parkplatzreglement verabschiedet hat, sollte dieses Thema für diese Arealentwicklung kein Problem ergeben. Die Nähe zum ÖV, sprich 21er-Bus, ist zudem ein Privileg für diese neue Überbauung.

Ich komme nochmals zurück auf den B+A von 2017, denn dort war der östliche Teil des Seeacherwegs als Landwirtschaftsland angedacht, im neuen Projekt wird es als Grünzone ausgeschieden. Vielleicht wollte man hier dem heute noch zu beratenden Sozial- und Freiraumkonzept bereits gerecht werden, obwohl rundherum See, Berge und Wald in nächster Nähe liegen.

Nebst den geplanten Häusern auf der Krete als Ersatz des bestehenden Gebäudes, sind im Richtprojekt noch weitere Bauten eingeplant. Das Gebäude D, C1 und C2. Für das Gebäude D ist keine weitere Bemerkung nötig, die anderen beiden, C1 und C2, wurden schon nach der ersten Mitwirkungsdiskussionen angepasst und verbessert. Trotzdem wirken diese beiden vom See her relativ gross, doch auf der Flughöhe des Projekts gibt es zum Bebauungsplan bestimmt noch Verbesserungspotenzial. Gemäss Beschrieb redet man von drei Geschossen sowie einem Attikageschoss, doch wie gross und massig dieses Gebäude am Schluss geplant wird, ist im Moment schwierig zu sagen.

An der öffentlichen Mitwirkung war feststellbar, dass diese beiden Gebäude am Schluss die beiden heiklen Punkte sein könnten. Das Volk kann am Schluss nur Ja oder Nein zu einer Umzonung sagen, somit muss das Projekt, wie bereits erwähnt, mehrheitsfähig sein.

Die FDP-Fraktion steht positiv zu dieser Arealentwicklung. Wir sind für Eintreten auf den B+A und werden den Antrag, der von der BVK in der Beratung gestellt wird, unterstützen.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion steht dem Planungsbericht grundsätzlich positiv gegenüber. Das geplante Projekt erscheint ausgewogen und auf die verschiedenen Anspruchsgruppen abgestimmt. Die Überbauung stellt eine Aufwertung der Umgebung dar und bietet attraktiven Wohn- und Erholungsraum in unserer Gemeinde. Zu wenig berücksichtigt wurden hingegen die Bedürfnisse des angrenzenden Landwirtschaftsbetriebs Seeacher. Es handelt sich dabei um einen traditionellen landwirtschaftlichen Gewerbebetrieb mit entsprechenden Emissionen, die unter Umständen im Widerspruch zu den Erwartungen der künftigen Nutzerschaft stehen könnten.

Das geplante Gebäude A, das Gehöfthaus, käme der Landwirtschaft sehr nahe, ca. 20 Meter. Die verschiedenen Umweltschutzverordnungen könnten bei der Umsetzung des Projekts den Landwirtschaftsbetrieb in seiner Existenz gefährden. Es geht uns darum, dass kein Nutzungskonflikt mit dem landwirtschaftlichen Betrieb entsteht bzw. dass

Roger Georgy (SVP)

Rücksicht auf die Bedürfnisse des Betriebes genommen wird. Wir möchten nicht, dass ein bestehender Landwirtschaft Schwierigkeiten bekommt, wie das z. B. in Meggen passiert ist. Der Einwohnerat hat die Diskussionen in Aussicht gestellt, dass unter der Bedingung ein dauerhafter, signifikanter Mehrwert geschaffen wird. Demensprechen wird die SVP-Fraktion einen Antrag auf Bemerkung stellen.

Die Liegenschaft Chrischona hat in Horw eine lange Geschichte. Die Anlage ist ursprünglich von der Schwesterngemeinschaft Diakonissen-Mutterhaus St. Chrischona als Erholungs- und Ferienanlage erstellt und für viele Jahre genutzt worden. Wenn man zum Chrischona etwas wissen möchte, dann findet man dazu eine Textpassage in dem Buch «Horw im Wandel» und darin heisst es: «Das Kurheim St. Chrischona war während rund 30 Jahren der wichtigste Hotelbetrieb auf der Halbinsel. Der Kurort wurde 1959 eröffnet und bis 1987 durch die Diakonissen der Schwesterngemeinschaft St. Chrischona betrieben. Die Gäste waren zu täglichen Andachten und zum Gottesdienst am Sonntag eingeladen. Sie erholten sich mit ärztlicher Betreuung und entspannten sich in Heubädern oder wie es in der Hausordnung hiess: Mögen ihnen die Tage der Stille Hilfe und Erquickung bringen für Leib und Seele.»

Thomas Zemp (Die Mitte)

Seit 1997 werden im ehemaligen Kurheim durch die Hotelfachschule Touristik- und Eventmanager ausgebildet und das International Management Institut IMI gehört weltweit zu den Top 12 der Hotelfachschulen. Rund 8'000 Studierende aus aller Welt haben ihre Berufsausbildung in Horw abgeschlossen, jedes Semester beginnen rund 200 Studierende einen Lehrgang, der dank Kooperationen auch international anerkannte Bachelor- und Masterabschlüsse im Fachgebiet ermöglicht.

Mittlerweile hat die Anlage Sanierungsbedarf, und zwar unabhängig davon, wie sie genutzt wird; egal ob das IMI dableiben würde oder nicht, man muss die Anlage grundlegend sanieren. Die Schwesterngemeinschaft sieht es nicht als ihre Kernaufgabe an, die Anlage weiterzuentwickeln und hat sich darum entschlossen, das Grundstück zu verkaufen. Mit der AWS Chrischona AG, einer Tochterfirma der Arthur Waser Stiftung, hat sie eine passende Käuferschaft gefunden.

Aus Sicht des Gemeinderates ist es wichtig, dass im Chrischona eine Entwicklung stattfindet. Wir würden es bedauern, wenn die Gebäude mittelfristig leer stehen oder gar verfallen würden. Das war auch mit ein Grund, wieso wir den Planungsbericht, der in den Eintretensvoten auch erwähnt wurde, erstellt haben. Damit haben wir versucht, beim Einwohnerat abzuholen, ob es insbesondere an den zwei touristischen Standorten Oberrüti und Chrischona eine Möglichkeit wäre, losgelöst vom Tourismus, an eine Weiterentwicklung zu denken. Damals wurde der Planungsbericht knapp zustimmend zur Kenntnis genommen, wobei ein wesentlicher Teil der Diskussion dem Oberrüti gewidmet war. Damals haben wir gesagt, dass ein Mehrwert für die Öffentlichkeit wichtig ist, wenn dort etwas anderes passiert als Tourismus. Weder der Gemeinderat noch der Einwohnerat haben den Mehrwert effektiv definiert – man hat ein Bild gezeigt, was der Mehrwert sein könnte – aber wir haben gesagt, wer immer dort etwas entwickelt, ist in der Pflicht, aufzuzeigen, dass das einen Mehrwert für die Öffentlichkeit generieren wird. Die AWS Chrischona AG hat den Ball aufgenommen und in einem recht aufwändigen partizipativen Verfahren ein Richtprojekt erarbeitet. Ich war an den verschiedenen Sitzungen dabei, es fing an mit einem Kick off-Workshop, an dem man die Stakeholder abgeholt hat, das waren Einwohnerat, Anwohnende, Personen vom Landschaftsschutz, Ortsverein usw. Nachher wurde ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren durchgeführt, angefangen mit fünf Teams und dann wurden zwei in die zweite Runde genommen und die Projekte weiterentwickelt. Bei all den Sitzungen war Arthur Waser immer persönlich dabei, er ist übrigens auch heute anwesend, was zeigt, dass ihm das Projekt sehr wichtig ist und eine hohe Aufmerksamkeit hat.

Als dem Gemeinderat das Richtprojekt im letzten Herbst vorgestellt wurde, haben wir ein paar Hinweise gegeben, wie man das unserer Meinung nach noch verbessern könnte und wir sind jetzt der Meinung, dass das Richtprojekt sorgfältig erarbeitet wurde und auf den sensiblen Ort Rücksicht nimmt. Wir sind der Meinung, dass sich die vorgesehenen neuen Baukörper besser in die Landschaft gliedern als der Bestand und dass mit dem Projekt, wie verlangt, verschiedene Mehrwerte für die Öffentlichkeit entstehen. Darum haben wir uns entschlossen, in den Prozess der Zonenplan- und Bebauungsplanänderung einzusteigen. Wichtig ist, dass die beiden Instrumente miteinander gekoppelt sind, denn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen wissen, wozu sie zustimmen und wie die Zonenplanänderung dann gesichert ist.

Es fand eine öffentliche Veranstaltung statt – das die Arthur Waser Stiftung gewünscht und auch durchgeführt – an der die Bevölkerung informiert wurde. Der Anlass stiess auf reges Interesse und es haben mehr als 100 Personen teilgenommen. Das dient der Transparenz, um zu wissen, was die Anliegen sind und was man noch berücksichtigen muss. Darum sind wir auch heute mit dem Planungsbericht im Einwohnerrat, um jetzt schon die verschiedenen Anliegen abzuholen und im Wissen, dass Sie am Schluss den Bebauungsplan genehmigen müssen.

Bericht und Antrag

3 Richtprojekt

Im zweitletzten Satz des zweiten Absatzes muss es nicht «östlich» heissen, sondern: «Das Gebiet westlich des Seeacherwegs bleibt unbebaut.»

Thomas Zemp (Die Mitte)

4 Mehrwert

Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: «Die Umzonung wird unter der Auflage, dass der bestehende Landwirtschaftsbetrieb im Bestand und in der Nutzung wie bisher erhalten bleiben kann, genehmigt.»

Roger Georgy (SVP)

Ich mache Ihnen beliebt, den Antrag abzulehnen. Es ist sicher richtig, dass man auf den Landwirtschaftsbetrieb Rücksicht nimmt, aber so ist der Antrag sehr festsetzend und der BVK-Antrag, der nachher auch noch zur Diskussion ansteht, ist differenzierter und lässt mehr Handlungsspielraum offen.

Urs Steiger (L20)

Ich bitte Sie auch, den Antrag in der Form abzulehnen. Wir beschliessen heute nichts, sondern es ist ein Planungsbericht. Der Antrag ist sehr stark formuliert, wenn man sagt, es wird «unter Vorbehalt» beschlossen. Es kommt noch der Antrag der BVK und ich glaube, der Landwirtschaftsbetrieb ist in allen Fraktionen ein Thema. Ich weiss nicht, ob man die Anträge gegenüberstellen müsste, wenn sie zum gleichen Thema sind. Vielleicht muss der BVK-Antrag jetzt gestellt werden, denn er verfolgt das gleiche Anliegen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Die BVK stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: «Um spätere Konflikte auszuschliessen, ist bei der Ausarbeitung des Bebauungsplans der örtlichen Situation mit der Nähe zum Landwirtschaftsbetrieb Rechnung zu tragen, ohne aber den Mehrwert zugunsten der Öffentlichkeit/Gesellschaft zu schmälern.»

Reto Eberhard (SVP)

Wir möchten den Antrag der Mitte/GLP dem der BVK gegenüberstellen. Uns geht es beim BVK-Antrag vor allem um das Wort «auszuschliessen», da sind wir uns nicht sicher, ob das so möglich ist. Darum haben wir unseren Antrag, der das gleiche Ziel verfolgt, wie folgt abgefasst: «Um spätere Konflikte so weit wie möglich zu verhindern, ist bei der Ausarbeitung des Bebauungsplans der örtlichen Situation des Gebäudes A zum Landwirtschaftsbetrieb Rechnung zu tragen. Dies aber, ohne auf die Mehrwerte zugunsten der Öffentlichkeit zu verzichten.»

Andrea Hoher (Die Mitte)

Wir wollen alle das Gleiche, und zwar den Bauernhof schonen. Die Situation in Meggen kennen vermutlich alle, dass am Schluss der Bauernhof aufgelöst werden musste und das ist genau das, was wir nicht wollen. Wie die Formulierung auch lautet, die Idee ist, für den Bauernhof zu schauen. Welche von den drei Formulierungen die beste ist, ist schwierig zu sagen.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Die SVP-Fraktion zieht ihren Antrag zugunsten des Antrags der BVK zurück.

Roger Georgy (SVP)

Abstimmung:

Gegenüberstellung

Stefan Maissen (FDP)

Antrag auf Bemerkung der Mitte/GLP: Um spätere Konflikte so weit wie möglich zu verhindern, ist bei der Ausarbeitung des Bebauungsplans der örtlichen Situation des Gebäudes A zum Landwirtschaftsbetrieb Rechnung zu tragen. Dies aber, ohne auf die Mehrwerte zugunsten der Öffentlichkeit zu verzichten.	9 Stimmen
Antrag auf Bemerkung der BVK: Um spätere Konflikte auszuschliessen, ist bei der Ausarbeitung des Bebauungsplans der örtlichen Situation mit der Nähe zum Landwirtschaftsbetrieb Rechnung zu tragen, ohne aber den Mehrwert zugunsten der Öffentlichkeit/Gesellschaft zu schmälern.	20 Stimmen

4.4 Angebot für den Ortsverein Kastanienbaum - St. Niklausen

Roger Georgy (SVP)

Es heisst «Angebot für den Ortsverein», was relativ wenig aussagekräftig ist. Wir hätten da zumindest gerne eine Absichtserklärung des Quartiervereins gehabt.

Ich glaube nicht, dass es heute schon eine schriftliche Absichtserklärung gibt, aber eine Vertretung des Ortsvereins Kastanienbaum-St. Niklausen war immer dabei und damit involviert. Wie das nachher genau betrieben wird, ist noch offen. Ich habe auch nicht gespürt, dass sich der Ortsverein schon definitiv positioniert hat. Es wurde aber mal so angedacht, dass beispielsweise der Ortsverein den Raum verwalten könnte. Ob er das aber wirklich möchte, wurde noch nicht gesagt. Von mir aus gesehen besteht im Moment kein Handlungsbedarf, dass der Einwohnerrat etwas vorgeben müsste, denn da war man bis jetzt im Konsens unterwegs.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

4.5 Bachöffnung

Roger Georgy (SVP)

Es heisst, dass die Hoheit über eine Bachöffnung beim Kanton Luzern liegt. Wurde abgeklärt, wie der Kanton zu der Bachöffnung steht und wie die Kostenfolgen aussehen?

Der Kanton ist sehr interessiert an Bachöffnungen und er leistet auch entsprechende Beiträge, die im Moment recht hoch sind. Es ist aber so oder so kein Thema der Gemeinde, wenn es um die Kosten geht, sondern das ist einer der Mehrwerte, den wir generieren. Wir sind auch in Diskussionen mit der Grundeigentümerschaft der Seewiese Ortmatt auf der anderen Strassenseite, dass man auch dort den Bach öffnen kann. Das sieht im Moment recht positiv aus. Damit man eine Vorstellung hat: Bei der Seewiese ist der Bach knapp 2 m im Boden unten, d. h. wenn man öffnet, gibt das einen rechten Graben mit ein paar Metern Breite. Das ist dann nicht einfach ein Bächli. Es gäbe aber in mehrerer Hinsicht eine massive Aufwertung, wenn man das auf der Seewiese machen könnte; von der ökologischen Vernetzung her und es gäbe auch eine schöne Anlage, wenn man eine offene Bachführung hätte.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

Ich muss aber ergänzen, dass es sich links und rechts der Strasse um zwei Grundeigentümerschaften handelt. Das eine Projekt hat in dem Sinn nichts mit dem anderen zu tun und hat auch keine Abhängigkeit, dass man eine Bachöffnung auf der linken Seite nur machen könnte, wenn wir sie auch auf der rechten Seite machen würde oder umgekehrt.

Herr Zemp, ich habe eine Frage zu dem Bach. Der untere Teil, wo der Bach 2 m tief wäre, bringt der Öffentlichkeit eigentlich nichts, denn das ist ja ein Privatareal. Oder ist da etwas am Laufen, dass es für die Gemeinde eine Chance gibt, dass es für den Teil – inkl. den Tourismusteil, der ja in der Tourismuszone bleibt – in naher oder weiter Zukunft einmal einen Zugang gibt?

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Es ist immer eine Frage, wie man «Öffentlichkeit» definiert. Öffentlichkeit heisst ja nicht nur, dass man darauf stehen und sein kann, sondern Öffentlichkeit heisst auch, dass man etwas für die ökologische Vernetzung oder Biodiversität macht usw. Das Ried hat auch einen öffentlichen Nutzen, wenn man so will.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

Im Moment ist auf der Chrischona-Wiese nichts geplant, weder von der Gemeinde noch von der Grundeigentümerschaft. Das Grundstück ist in Privatbesitz und in dem Sinn abgeschlossen. Es sind keine Bauvorhaben geplant und ich denke, es ist ein Stück weit eine Generationenfrage, was die künftige Generation mit der Seewiese machen möchte. Bei der letzten Ortsplanungsrevision hat man versucht, einen gewissen Druck auszuüben, ist aber nicht zum Ziel gekommen. Es wäre wichtig, wenn man jetzt einen öffentlichen Mehrwert im Sinne einer Bachöffnung schaffen könnte. Ob es jemals wieder ein Thema sein kann, auch einen öffentlichen Seezugang realisieren zu können – das kann man jederzeit wieder angehen – das beurteile ich im Moment nicht als sehr chancenreich. Darum machen wir auch nichts mit dem Teil der Tourismuszone, die noch auf der Seite liegt. Es wäre falsch, das jetzt in eine Wohnzone umzuzonen oder auszuzonen. Das kann so bleiben im Wissen, dass man dort kaum eine touristische Anlage realisieren kann, weil der Teil der Tourismuszone nicht mehr sehr gross ist.

5 Weiteres Vorgehen

Ich komme zum zweiten Antrag der BVK, der wie folgt lautet: «Die Parkplätze sind auf ein Minimum zu reduzieren und die Parkgarage muss in der Dimension massiv reduziert werden.»

Reto Eberhard (SVP)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wir haben ein erst kürzlich beschlossenes Parkplatzreglement, das regelt, wie viele Parkplätze nötig sind oder wie viele es geben kann. Nachdem niemand von Ihnen weiss, wie viele Wohnungen es sind und wie gross diese sein werden usw. weiss ich nicht, ob jemand von Ihnen abschätzen kann, wie viele Parkplätze pro Wohnung geplant sind. Letztlich ist es auch noch davon abhängig, wie man die Wohnungen im Markt platzieren und bewirtschaften will.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

Man kann die Stossrichtung diskutieren, aber im Antrag heisst es «massiv reduzieren» und das ist eine starke Formulierung, und dass man an dem Ort eine autofreie Siedlung macht, ist nicht realistisch, denn die öffentliche Erschliessung ist von der Erschliessungsgüte nicht so hoch, dass das funktionieren würde. Wenn Wohnungen eine gewisse Grösse haben, gibt es Ansprüche, ein Auto und vielleicht auch ein zweites zu haben. Von der Lage her ist es dort auch nicht so, dass man im Grundwasser baut, sondern grundsätzlich kann man das realisieren. Von daher gesehen würde ich das eher der weiteren Bearbeitung überlassen, wie das dann zu dimensionieren ist. Im Rahmen des Bebauungsplans scheiden wir typischerweise einen Bereich aus, wo man die Tiefgarage dann bauen kann. Dass die Autos unterirdisch und nicht oberirdisch parkiert werden, ist wichtig.

Herr Zemp hat es gesagt, es geht um eine Stossrichtung, die Parkplätze auf ein Minimum zu reduzieren und dass das mit der Dimension verbunden ist, ist klar. Im Moment sind sehr viele Parkplätze vorgesehen und der Antrag bezweckt das Minimum der benötigten Parkplätze.

Urs Steiger (L20)

So wie jetzt formuliert wurde, dass man ein wenig schauen muss, ist das relativ offen. Es geht auch darum, für die weitere Planung einen klaren Hinweis zu geben. Gerade eine Tiefgarage ist eine enorm ressourcenfressende Geschichte. Es ist nicht nur, dass man den ganzen Beton vergräbt, sondern es gibt am Schluss auch Aushub, der transportiert und platziert werden muss. Das ist ein grosses Bauwerk, das da im Gelände steht. Ich bitte Sie, die Stossrichtung heute zu definieren und festzulegen. Das gibt dann planende Hinweise, woran man arbeiten muss.

Ich glaube, wir sind uns vermutlich einig, dass wir nicht mehr Parkplätze möchten, als das Reglement hergibt. Das Reglement soll bei solchen Projekten zum Tragen kommen und umgesetzt werden. Von daher ist es überflüssig, wenn man sagt «muss in der Dimension massiv reduziert werden». Wir wissen ja noch gar nicht, wie gross das wird. Auf dem Richtprojekt sieht es tatsächlich unglaublich gross aus, aber das wird ja anhand der Häuser und des Parkplatzreglements genau ausgerechnet. Ich glaube, es ist jetzt der falsche Moment, so einen Antrag zu überweisen. Wir kommen ja noch einmal dazu, das ganze Projekt zu studieren und dort ergibt es vielleicht Sinn, nochmal den Finger draufzulegen, wenn wir das Gefühl haben, es sei überdimensioniert. Aber jetzt ist der falsche Moment, den Antrag zu überweisen.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an. Wer weiss, was es bedeutet, in so einem Gebiet eine Parkgarage zu erstellen, mit der Baugrubensicherung, mit Hangwassermanagement, Grundwasserhaltung usw. können Sie davon ausgehen, dass die Investorin die Parkgarage auf das nötige Minimum reduzieren wird, aber so, dass es ihr dient. Darum bin ich auch der Meinung, dass man den Antrag nicht überweisen muss. Es kommt von selbst, dass die Tiefgarage eine vernünftige Grösse haben wird.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der BVK: Die Parkplätze sind auf ein Minimum zu reduzieren und die Parkgarage muss in der Dimension massiv reduziert werden.

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 10:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Anhang 1: Planungsbericht Tourismusentwicklung Nr. 1603 vom 7. September 2017

Keine Anmerkungen

Anhang 2: Begleitbrief Arthur Waser Stiftung Chrischona AG an Gemeinderat vom 9. Februar 2022

Keine Anmerkungen

Anhang 3: Richtprojekt Arealentwicklung Chrischona Kastanienbaum – Horw vom 1. März 2022

Keine Anmerkungen

Anhang 4: Bericht zum Richtprojekt des Begleitgremiums vom 26. Januar 2022

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss:

Der Planungsbericht «Arealentwicklung Chrischona» wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Bericht und Antrag Nr. 1697 Planungsbericht «Sozial- und Freiraumanalyse»

Eintreten BVK

Urs Steiger (L20)

Die Meinungen der BVK zu diesem Planungsbericht gehen ziemlich stark auseinander. Von der Frage, ob es so etwas überhaupt braucht, über die Ansicht, dass es viel zu spät sei, bis zu der Ansicht, dass endlich einmal etwas vorliegt.

Generell sind wir der Ansicht, dass die Formulierung der Stelle noch sehr abstrakt ist und daraus auch die Anforderungen sehr hoch. Gerade dort, wo der Handlungsspielraum am grössten ist, im Ortskern, sind nachher auch die Handlungsmöglichkeiten klein. Vermisst wird, dass zumindest der erste Schritt für die Realisierung aufgezeigt würde, eben genau im Ortskern, im Sinn eines Pilotprojekts.

Die BVK ist für Kenntnisnahme des Planungsberichts.

Eintreten GSK

Marc Wiest (Die Mitte)

Die GSK hat den Planungsbericht gründlich, aber nicht allzu kontrovers diskutiert. Der Bericht gibt einen guten Zwischenstand der Planung wieder und ist in sich schlüssig.

Es wurde unter anderem lobend erwähnt, dass die Massnahmen, insbesondere jene der Vorbildfunktion der Gemeinde, die vorhandenen Bedürfnisse sehr gut abdecken. Auch die Stossrichtung und die Methodik wurden im Grundsatz gutgeheissen. Wie der Gemeinderat bereits selbst festgestellt hat, sind die Naherholungsgebiete Bireggwald und Halbinsel im Bericht bei der Bedarfsanalyse nicht angemessen berücksichtigt worden. Die GSK sieht wie der Gemeinderat den Handlungsbedarf in den betroffenen Gebieten als klein an und möchte keinen Aktionismus fördern, der sich ggf. sogar gegen die Interessen der Anwohner richten könnte.

Moniert wurde von der GSK das Fehlen des Postulats Nr. 2021-732 Outdoor-Workout Pärke von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden in der Auflistung der verwandten Vorstösse. Dieses gehört aus unserer Sicht auch auf die Liste. Auch wurde die Lesbarkeit und Verständlichkeit der angehängten Karten und Pläne als optimierungsbedürftig beurteilt und ein mutmasslicher Fehler im Anhang aufgedeckt, nach dem die neue Stelle beim Präsidialdepartement statt beim Sozialdepartement angesiedelt sein soll.

So viel zu den Formalitäten. Inhaltlich gab hauptsächlich die neue 30 %-Stelle zu reden. Es besteht Unklarheit darüber, ob die 30 Stellenprozente nicht besser in ein bestehendes Stellenprofil integriert werden könnten. Andererseits wurde aufgrund der Massnahmenpläne auch die Frage aufgeworfen, ob ein 30 %-Pensum überhaupt ausreichen wird. Schlussendlich empfand die Kommission das Vorgehen als einen guten Start, auf den man bedürfnisorientiert aufbauen kann.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme und wird keine Anträge stellen.

Eintreten L20

Sofia Galbraith (L20)

Die L20-Fraktion hat diesen B+A an der Fraktionssitzung ausführlich diskutiert und freut sich, dass dieser nun vorliegt. Schon seit Jahrzehnten pocht die L20 darauf, dass die öffentlichen sozialen Räume genügend Aufmerksamkeit bekommen und gezielt entwickelt werden und die Horwer Gemeinde erkennt, dass wir uns als zunehmend städtische Agglomeration mit diesen Themen strategisch auseinandersetzen müssen. Dies insbesondere aufgrund der städtischen Entwicklung mit Verdichtungen und dem Campus als auch im Hinblick auf die Klimaerwärmung und zur Erhöhung der Lebensqualität für alle, die in unserer Gemeinde leben und sich aufhalten – Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbler, Unternehmerinnen, Arbeitende, Studenten und Studentinnen.

Wie gerade im Eintreten der GSK erwähnt, fehlt in der Auflistung unter Punkt 1.3 Politische Vorstösse das Postulat von Urs Steiger.

Der Anhang 1, Sozial- und Freiraumentwicklung Horw, Auswertung Erreichbarkeitsanalyse von Stratcraft, Zimraum, SKK Landschaftsarchitekten, ist professionell erarbeitet und deckt auf, dass besonders im Zentrum ein Park als leicht zugänglicher Erholungsort fehlt – eine Forderung, die die L20 repetitiv seit mindestens 20 Jahren einbringt. Dieser Park würde auch als CO₂-Lunge und zur Kühlung an heissen Tagen beitragen und der Betonierung und dem vielen Asphalt entgegenwirken. Man erinnere sich nur daran, wie beim Jodlerfest vor ein paar Jahren bei der Hitze alle die Rasenflächen als Standort gesucht haben, um von dem heissen Asphalt wegzukommen. Diese Chance muss unbedingt bei der Erneuerung der Schulanlage Allmend und beim Campus berücksichtigt werden! Ebenso zeigt die Auswertung, dass Ideen, wie sie die L20 schon verfolgt hat, einen Park im Felmis zu realisieren, jetzt fundierte Daten zur Begründung hätte.

Die vier vorgeschlagenen Massnahmen im Anhang 2, Sozial- und Freiraumentwicklung Horw, Massnahmenblätter, begrüsst die L20 ebenfalls, die Stosskraft ist die richtige! Jedoch haben wir grosse Bedenken in Bezug auf die Funktion «Stadt- und Sozialraumentwicklung» (SSE) als 30 %-Stelle, denn das, was da in den vier Massnahmen departementsübergreifend als auch unter Einbindung von Quartiervereinen an Projektkoordination verlangt wird, benötigt vielfältige Fähigkeiten und Kompetenzen. Projektmanagement, Motivationsvermögen, Fähigkeit über die Ränder zu denken und zusammenzuarbeiten, insbesondere aber auch Raumplanungskompetenzen, die mit einer 30 %-Stelle schwer zu sichern sind. Andersorts wird diese Aufgabe im Rahmen einer Einheit Stadtentwicklung sichergestellt. Wir empfehlen dringend, dass sich der Gemeinderat als Ganzes intensiv mit der Organisation dieser Stelle auseinandersetzt und diese Aufgabe nicht einfach noch irgendwo anhängt. Ebenso wünschen wir uns als L20 eine klarere Linie, wie die Zusammenarbeit mit dem Baudepartement dieser SSE-Funktion im Sozialdepartement gewährleistet wird. Als Idee könnte ein Mitarbeiter vom Baudepartement die 30 %-Funktion im Sozialdepartement übernehmen. Wir denken, dass es etwas unrealistisch ist, dass die Massnahmen langfristig mit einer Stelle von nur 30 % bewältigt werden können. Sonst bleiben wohl insbesondere die Projekte auf der Strecke und die 30 % sind komplett mit allen Administrationsaufgaben und Sitzungen ausgefüllt.

Aus unserer Sicht und auch nach Konsultation mit entsprechenden Fachleuten, sähen wir am ehesten eine Person mit einem Abschluss in Gemeinde- und Stadtentwicklung oder einem CAS Städtebau. Aus diesem Grund regen wir an, dass bei der Stellenausschreibung die erforderlichen Koordinations-Kompetenzen klar ausgewiesen werden und auch, dass die Stelle wohl in Kürze ausgebaut wird und der Aufwand eher gegen 50 % sein wird.

Die L20 ist für Kenntnisnahme und Eintreten auf den B+A Nr. 1697.

Eintreten Die Mitte/GLP

Die Mitte/GLP-Fraktion hat den Planungsbericht «Sozial- und Freiraumanalyse» beraten. Bei der Analyse handelt es sich um einen Zwischenbericht, der uns einen guten Einblick in die entsprechenden Themengebiete gibt.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass wichtige Themen anstehen und dass es Handlungsbedarf gibt, vor allem im Talboden, insbesondere im Dorfkern und Horw Mitte. Es gibt einige Beispiele, in denen schöne und wertvolle Freiräume erstellt wurden, wie zum Beispiel im Ziegeleipark. Eher kein Vorzeigebispiel sind aber andere Neubauquartiere.

Eine Diskussion gab es in unserer Fraktion wegen der 30 %-Stelle. Die Frage war, ob die Stelle, die wir im AFP übrigens bereits bewilligt haben, das Gewünschte in dem Umfang auch tatsächlich bewirken kann. Im Weiteren ist im Besetzungsprozess zu prüfen, ob die 30 Stellenprozente in eine bestehende Stelle integriert werden kann, sofern die Qualifikationen passend sind. Was wir auch diskutiert haben, ist die Einbettung in die Struktur unserer Gemeindeverwaltung. Gehört die Stelle nicht ins Baudepartement oder zu den Immobilien oder doch ins Sozialdepartement? Schliesslich ist unsere Fraktion aber der grossmehrheitlichen Meinung, dass die Einbettung ins Sozialdepartement am passendsten ist.

Die Mitte/GLP-Fraktion wünscht sich jedoch nach drei Jahren einen Wirkungsbericht als Reflexion. Nicht nur explizit bestehend aus Kennzahlen, sondern lieber anhand von guten Umsetzungsbeispielen, wie bereits vorgängig mit den zwei aktuellen Beispielen genannt. Anhand des Berichts soll anschliessend über das «Wie weiter?» befunden werden. Dazu werde ich im Namen unserer Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

Den vorliegenden Bericht und Antrag gilt es zu loben. Er zeigt verschiedene Instrumente auf und kann durchaus als Vorzeigebbericht betrachtet werden. Der Dank geht an alle Mitwirkenden.

Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum Bericht und Antrag Nr. 1697.

Eintreten FDP

Der Planungsbericht zeigt auf, was in den letzten Tagen in der Luzerner Zeitung immer wieder zu lesen war: Die Gemeinde Horw hat eine einmalige Lage am Vierwaldstättersee, ist umgeben von Wäldern, Bergen und liegt in Stadtnähe. Eine solche attraktive Wohnlage mit hoher Standortqualität zieht gutverdienende Bürger an und ermöglicht der Gemeinde Horw eine stabile finanzielle Situation.

Ob das die Arbeitsgemeinschaft Zimraum, Stratcraft, SKK Landschaftsarchitekten wirklich erkannt haben und ob sie auch mal auf einen Besuch in Horw vorbeikamen, wissen wir nicht. Anhand ihrer Beurteilung erscheint der Planungsbericht eher grossstadtorientiert und ist nur beschränkt auf unsere Gemeinde umsetzbar. So ist auch im B+A festgehalten, dass die Naherholungsgebiete, wie zum Beispiel der Bireggwald, die Halbinsel und der Pilatushang im Bericht zu wenig berücksichtigt wurden.

Die Idee, einen Planungsbericht zu erstellen, finden wir von der FDP sehr gut. Es ist wichtig zu erkennen, wo Defizite vorhanden sind und wo und was in Zukunft bei neuen Überbauungen beachtet und umgesetzt werden muss. Wenn man die Auswertung der Erreichbarkeitsanalyse im Detail studiert, bleiben dann aber doch auch ein paar Fragezeichen. Da werden Siedlungsgebiete erwähnt, wie zum Beispiel Oberrüti, Felmis, Rigiblick. «Damit Kinder auch hier die Möglichkeit haben, ausserhalb der privaten Gärten miteinander zu spielen, sollen Möglichkeiten für öffentlich oder halböffentlich zugängliche Spiel- und Sportflächen geprüft werden». Solche Sätze sind im Planungsbericht zu

André Fallet (GLP)

Yvonne Lindegger
(FDP)

lesen. Doch genau in den genannten Gebieten gibt es in Gehdistanz Wälder mit Grillstellen, Vitaparcours, Tennisplätze und eine Minigolfanlage. Für uns tönen solche Überprüfungen von Quartieren mit bevorzugten Wohnlagen nach einem wahren Luxusproblem.

Dass es im Talboden, was die Sozial- und Freiraumentwicklung betrifft, Verbesserungsmöglichkeiten gibt, ist kein Geheimnis. So zeigt der Planungsbericht auch auf, dass im Talboden der grösste Handlungsbedarf vorhanden ist. Wir von der FDP können diesen Teil des Planungsberichtes unterstützen. Wir wünschen uns für zukünftige neue Bauprojekte, dass im Talboden vermehrt auf eine sorgfältige Sozial- und Freiraumversorgung geachtet wird. Entsprechende Anträge dazu werden wir in der Detailberatung stellen.

Die FDP ist für Kenntnisnahme des Planungsberichts «Sozial- und Freiraumanalyse».

Eintreten SVP

Wir haben uns schon ein wenig über Freiraumempfehlungen in Gebieten, welche zum Beispiel direkt an einen Wald angrenzen, gewundert.

Die Visualisierungen sind sehr klein und sehr überladen, was zu einer Unübersichtlichkeit führt. Wir haben beim Studium dieses Planungsberichts gefunden, dass er zu bürokratisch, zu theoretisch und ohne Mehrwert für den Grossteil der Bevölkerung von Horw ist – und dies bei Kosten von über 66'000 Franken. Hinzu kommen die jährlichen Kosten von 45'000 Franken für eine 30 %-Stelle, bei welcher bereits heute, wie wir schon gehört haben, angezweifelt wird, dass das ausreicht. Macht man da ein Fass ohne Boden auf? Zudem wird es nicht einfach sein, eine neue 30 %-Stelle zu besetzen, was für die Rekrutierung auch wieder Kosten verursachen wird. Könnte die Stelle tatsächlich besetzt werden, dann gehen wir davon aus, dass weitere externe Folgekosten generiert werden. Ferner wird die Erstellung von Spielplätzen und Freizeitanlagen im PBG §158 und § 159 geregelt. Wollen wir wirklich erreichen, dass die Steuergelder mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen werden? Wir sind der Meinung, dass unsere Gemeinde, zwischen See und Bergen gelegen, keine solche Stelle benötigt. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten und ablehnende Kenntnisnahme. Wir werden zum weiteren Vorgehen einen entsprechenden Antrag stellen.

Wir haben bei den Eintreten ein paarmal gehört, dass Horw wunderbar gelegen ist. Unsere Gemeinde zeichnet sich durch die grüne Halbinsel aus, den See, den Pilatushang, wir haben den Bireggwald und wir haben ein Naturerlebnisgebiet auf der Allmend, das zwar die Stadt Luzern errichtet hat, aber weitgehend auf dem Boden der Gemeinde Horw liegt. Grundsätzlich ist also sehr viel Freiraum vorhanden, es lässt sich gut leben bei uns. Aber, der Freiraum und der Sozialraum geht eben weiter als nur die Grünräume rund um uns herum. Im Talboden von Horw findet eine Entwicklung statt, Stichworte Campus Horw, «horw mitte» oder LuzernSüd allgemein. Ob wir wollen oder nicht, unsere Bevölkerungszahl steigt, wenn auch moderat, obwohl wir ja bewusst keine Wachstumsstrategie verfolgen. Darum wird es so oder so enger für uns alle und dazu kommt, dass der Anspruch an Freiraum und auch an Sozialraum immer mehr steigt. Das ist insbesondere auch bei den Planungen zu LuzernSüd festgestellt worden und als Behördenmitglied muss ich selbstkritisch sagen, dass man das ein wenig zu spät festgestellt hat. Darum haben wir auch jetzt wieder gerade aktuell einen Artikel in der Zeitung, in dem es heisst: «Beim Mattenhof fehlen Spielplätze. Künftig soll die Stadt genauer hinschauen.»

Jetzt ist im Regelwerk LuzernSüd, das ist der regionale behördenverbindliche Teilrichtplan, das Thema verankert, dass es für eine qualitative Entwicklung ganz wichtig ist, dass der Sozial- und Freiraum immer mitbetrachtet wird. Darum befasst sich die Stadt

Hans Stampfli (SVP)

Thomas Zemp (Die Mitte)

Luzern mit dem Thema, es befasst sich die Stadt Kriens mit dem Thema und jetzt auch Horw.

Der vorliegende Planungsbericht zeigt einmal einen Zwischenstand über die bisherigen Arbeiten auf. Mit der Beauftragung der Freiraumanalyse hat der Gemeinderat einen Prozess zur Stärkung und Verankerung des Themenkreises in Gang gesetzt und es geht jetzt darum, dass man die nötigen Ressourcen, die Sie ja schon im AFP 2022 bewilligt haben, installiert, sodass der Prozess verankert werden kann und aufrechterhalten wird.

Wir haben in den Voten eine gewisse Kritik an der Methodik gehört. Das hat der Gemeinderat auch erkannt und im Kapitel «Methodenkritik» festgehalten. Wir haben auch gesehen, dass vom systemischen Ansatz her auf der Halbinsel gewisse Freiräume fehlen. Das kommt daher, dass man festgelegt hat, dass es immer mindestens zwei verschiedene Freiräume braucht, um ein Bedürfnis zu befriedigen. Aber der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass wir auf der Halbinsel jetzt keinen Handlungsbedarf haben, sondern wir haben einen Handlungsbedarf im Talboden, dort, wo die Entwicklung stattfindet. Wir werden uns selbstverständlich mit den Ressourcen – von denen die einen finden, sie werden gar nicht benötigt und die anderen, sie seien eher knapp dimensioniert – sicher auf den Perimeter fokussieren, der wichtig ist. Es wurde noch nicht abschliessend entschieden, wo die Stelle installiert wird. Wenn man ein Pensum von 30 % schafft und das einfach mit einer Person besetzen will, wird das wahrscheinlich nicht ganz einfach sein. Es war einmal die Hoffnung, das mit einem anderen Pensum zu verbinden, aber es ist klar, es müssen auch die nötigen Fähigkeiten in der Person vereinigt sein. Wo man das ansiedelt, da kann man unterschiedliche Meinungen haben, jedes Departement hat Vor- und Nachteile. Im Bereich von LuzernSüd wurde das Thema immer von Leuten vertreten, die vor allem von der Hochschule Luzern aus der Abteilung «Soziale Arbeit» kamen. Es ist wichtig, dass das Leute sind, die ein informelles Wissen über die Anliegen und Bedürfnisse haben. Es geht nicht nur darum, dass man nach PBG die Spielflächen ausscheidet, sondern die Freizeitflächen müssen auch so gestaltet sein, dass sie von den Leuten aneignbar sind und wirklich gebraucht werden. Das hat auch viel zu tun mit Kompetenzen in den Partizipationsprozessen, mit Prozessorientierung und man muss eine Zielgruppe und eine Nutzerorientierung haben. Darum ist die Stelle im Sozialdepartement vielleicht nicht so schlecht angesiedelt. Aber wir sehen natürlich, dass auch andere Kompetenzen notwendig sind.

Vor der Detailberatung erlaube ich mir, eine Frage zu stellen. Herr Zemp hat gesagt, dass im Mattenhof die Umsetzung der Spielplätze offenbar nicht ganz korrekt erfolgt ist. Kann ich davon ausgehen, dass wir das Problem in Horw nicht haben und das Bauamt richtig kontrolliert, dass die Spielplätze, die umgesetzt werden müssen, auch realisiert werden? Im Reglement heisst es, dass die, die das nicht umsetzen, in einen Spielplatzfonds einzahlen. Vielleicht müsste man da wieder einmal nachfragen, wieviel Geld in dem Fonds ist und wofür es eingesetzt wird. Meine grundsätzliche Frage: Setzen wir das in Horw wie vorgeschrieben um oder haben wir auch Orte, wo das noch fehlt?

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Selbstverständlich setzen wir das PBG um und nehmen auch in die Baubewilligung auf, wie viel Flächen für Freizeitanlagen erstellt werden müssen. Es gibt begründete Möglichkeiten, auf die Anlagen zu verzichten und eine Ersatzabgabe zu leisten. Bei Zahlung einer Ersatzabgabe fehlen per se die Anlagen und es ist Sinn und Zweck, dass die Gemeinde diese an einem anderen Ort realisiert.

Thomas Zemp (Die
Mitte)

Ihnen ist bekannt, dass wir jetzt zweimal ein Problem bei der Berechnung der Ersatzabgabe hatten, aber wir verlangen sie konsequent, genauso wie wir das bei Parkplatzerersatzabgabe machen. Es ist klar geregelt, wofür die Fondsgelder verwendet werden dürfen, aber es gibt kein Reglement. Es gab einen Vorstoss zu dem Thema, zu dem Hans-Ruedi Jung Auskunft geben kann.

Das war ein Vorstoss von Lukas Bucher, L20, der gefragt hat, warum wir kein Reglement haben. Ich habe das begründet, weil wir in dem vom Einwohnerrat beschlossenen B+A Nr. 1515, Fonds für Spielplatz- und Freizeitanlagen, bereits die ganzen Bestimmungen aufgeführt haben, wofür der Fonds verwendet werden kann. Die Erhebungen selbst sind im übergeordneten Recht festgelegt und von daher ist es nicht nötig, ein eigenes Reglement zu machen.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Bericht und Antrag

2.4 Massnahmen

Die FDP stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: «Das Konzept und die daraus folgenden Massnahmen sollen sich ausschliesslich auf den Talboden beschränken.»

Yvonne Lindegger (FDP)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Stellen Sie sich vor, es käme jetzt eine Initiative aus dem Ortsverein Kastanienbaum - St. Niklausen, im Sinn der Massnahme «Kickbox» etwas zu machen. Dann müsste der Gemeinderat Nein sagen, weil der Einwohnerrat beschlossen hat, nur etwas im Talboden zu machen. Das wäre falsch. Das Massnahmenspektrum ist relativ breit gefächert und darum würde ich das nicht einfach so ausgrenzen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir von unserer Seite her den Fokus auf den Talboden haben.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ich möchte dem Antrag auch entgegensprechen. Einige wissen, dass ich Präsidentin des Quartiervereins Stirnrüti bin und bei der letzten Generalversammlung kam die Idee, die öffentlichen Plätze im Quartier mehr zu nutzen als das im Moment der Fall ist. Das Instrument «Kickbox» wäre genau die richtige Sache, um da etwas zu leisten. Wir sind sicher nicht das einzige Quartier, das Flächen hat, wo Spielplätze oder Sonstiges vielleicht nicht mehr richtig genutzt werden, weil sich die Bewohner verändert haben. Ich möchte darum bitten, das Konzept nicht nur auf den Talboden zu beschränken.

Sofia Galbraith (L20)

Wir kommen dem Vorschlag von Herrn Zemp entgegen und formulieren den Antrag wie folgt: «Das Konzept und die daraus folgenden Massnahmen sollen sich auf den Talboden fokussieren.»

Yvonne Lindegger (FDP)

Ich bitte Sie, den Antrag trotzdem abzulehnen, denn das ist eine Eingrenzung, die keinen Sinn ergibt. Wir haben auch andere Quartiere, wie Spitz und Biregg und es gibt einfach Orte, die auch Bedarf haben, alte Quartiere, die die Kommunikation unter den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern brauchen und wo Handlungsbedarf besteht. Die Einschränkung, nur im Talboden etwas zu machen, ist widersinnig.

Urs Steiger (L20)

Ich habe wirklich Mühe, wenn man sagt, dass man das nicht auf den Talboden fokussieren könnte. Wir haben ja nicht gesagt «nur auf den Talboden», sondern es ist auch eine Massnahme «Kickbox», wie Frau Galbraith gesagt hat, möglich. Herr Zemp hat selbst schon gesagt, dass es selbstverständlich so ist, dass man sich nicht auf die Halbinsel fokussiert und ich habe Mühe, wenn man sagt, dass es im Bireggquartier oder in den Waldrandgebieten zu wenig Freizeit- oder Sozialräume gibt.

Jürg Biese (FDP)

Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Man kann trotzdem auf der Halbinsel gute Ideen realisieren und sich vor allem auf den Talboden konzentrieren.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP: «Das Konzept und die daraus folgenden Massnahmen sollen sich auf den Talboden fokussieren.»

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 12:16 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

3 Weiteres Vorgehen

Wie ich im Eintreten bereits ausführlich geschildert habe, sieht unsere Fraktion keine Notwendigkeit für die Schaffung einer Stelle.

Hier noch einmal die Hauptgründe, welche gegen die Schaffung dieser Stelle sprechen:

- Nebst den initialen Kosten von 66'000 Franken für den Planungsbericht kommen jährlich wiederkehrend 45'000 Franken hinzu und der Grossteil der Bevölkerung hat keinen Mehrwert.
- Eine solche 30 %-Stelle ist nicht einfach zu besetzen, was Rekrutierungskosten impliziert. 30 % sind 1.5 Tage pro Woche, d. h. die Stelle wird auch externe Folgekosten generieren, weil das Pensum einfach zu klein ist, um alles mit der Stelle abzudecken.
- Die Erstellung von Spielplätzen und Freizeitanlagen ist bereits im PBG § 158 und § 159 ausreichend geregelt. Da braucht es keine solche neue Stelle.
- Wartung und Instandhaltung solcher Räume generiert noch einmal zusätzliche Kosten.

Steuergelder, ohne Mehrwert für den Grossteil der Bevölkerung von Horw, mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen, das wird ein Fass ohne Boden!

Herr Stampfli, beantragen Sie, das ganze Kapitel 3 zu streichen?

Ja.

Wir haben folgenden Gegenvorschlag für den Antrag: «Wir beantragen eine Reduktion des Pensums auf 20 % sowie eine Kürzung des Budgets auf 30'000 Franken.»

Der Begründung des Antrags der SVP, dass die Stelle keinen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung bringt, möchte ich widersprechen. Wie ich schon im Eintreten gesagt habe, haben die Leute beim Jodlerfest die Grünflächen gesucht, denn das ist ein Erholungsraum. Die Kühlung einer Stadt sind die Pärke, das weiss man, wenn man Grossstädte anschaut. Das sind die grünen Lungen und gerade wenn man eine Verdichtung hat, ist das ein Mehrwert und sei es nur, dass es im Sommer kühler wird. Es geht nicht nur um Spielplätze für Kinder, sondern auch um Sport, wenn man vielleicht ein Gestell braucht, um sich nach dem Joggen zu dehnen oder sonstige Sachen. Oder es ist einfach ein Brunnen, wo man Trinkwasser holen kann. Das sind auch soziale Begegnungsstätten für Quartiere und eine Umgebung, wo man sich treffen kann.

Um das wirklich gut zu machen und unsere Gemeinde entwickeln zu wollen, braucht es mehr als 30 % und wenn man gar nichts macht, passiert auch nichts.

Ja, Grünflächen sind etwas Gutes, das sehen wir auch so. Sei das ein Rasen, auf dem man stehen kann wie beim Jodlerfest, sei das für Bäume, sei das für eine Bepflanzung im Dorfkern, wozu wir sogar einen Vorstoss lanciert haben. Ein Spielplatz muss nicht unbedingt von der Gemeinde betrieben werden. Der kann auch durchaus von einem Areal, wie dem Ziegeleipark gemacht und entsprechend genutzt werden. Die Offenlegung des Baches ergab wunderschöne Sachen, die man nutzen kann und die wertvoll sind. Grünfläche ist super, Bäume und Schatten im Sommer sind wunderbar, ich arbeite gerne bei 30 Grad unter einem Baum, das können Sie mir glauben.

Wir sind nur gegen eine weitere Stelle, die in der Theorie liegt, die mit Arbeitsgruppen beschäftigt ist, die Sitzungen hat usw. Das ist das, was auch den Bürgerinnen und Bürgern nichts bringt. Wenn es darum geht, einen Baum zu pflanzen und etwas zu begrünen, sind wir dabei. Ein Spielplatz, wo etwas wertgesteigert wird, was vielleicht ein Abenteuer für Kinder ist, da sind wir dabei. Aber nicht für eine Stelle, die einfach im

Hans Stampfli (SVP)

Stefan Maissen (FDP)

Hans Stampfli (SVP)

Yvonne Lindegger (FDP)

Sofia Galbraith (L20)

Reto Eberhard (SVP)

Büro mit der Theorie liegt. Dazu möchten wir nicht Ja sagen, weil das Geld schlicht und einfach zu schade dafür ist. Das kann man besser einsetzen. Darum bin ich der Meinung, dass man das Geld für grüne Sachen, im Sinne von Bäumen und Natur, Spielplatz oder auch einen schönen Brunnen einsetzen kann.

In vielen Punkten kann ich Herrn Eberhard Recht geben. Jedem öffentlichen Projekt, das die Gemeinde realisiert, gehen viele Stunden Mitwirkungen, Planungen und Überlegungen oder dann noch Vorstösse voraus. Wir haben das in der Hand und können jederzeit zu einem Bauprojekt, das die Gemeinde aufgleist, Anträge stellen und Grünflächen, Bänke oder Freizeitflächen realisieren. Das liegt an uns und dafür braucht es keine 20 %-Stelle. Wir können im Rat aktiv sagen, wenn wir noch etwas mehr möchten. Wenn wir rings um uns schauen, gibt es relativ viel Beton, da gebe ich der L20 Recht. Die Frage ist, ob wir gesagt haben, dass wir mehr Grün möchten. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, wie wir da verhandelt haben. Aber das sind wir im Rat, die jedes Mal, wenn wir einen B+A beraten, konkrete Vorschläge machen können.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Zu den Grünflächen hier draussen kann ich sagen, dass wir das in den letzten 20 Jahren etwa sechsmal gesagt haben, Sie waren immer alle dagegen.

Urs Steiger (L20)

Ich möchte Sie bitten, beide Anträge abzulehnen. Herr Zemp hat in der BVK klar gesagt, dass Bedarf besteht, die Fragen in der Gemeinde zu behandeln und er konnte aufzeigen, dass es da, gerade in den letzten Jahren mit den grossen Projekten, eine Lücke gibt. Der Bericht zeigt ebenfalls, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn man niemanden hat, der sich der Aufgabe tatsächlich annimmt, dann passiert auch nichts und wir stehen in 10 Jahren wieder genau am gleichen Ort. Es braucht ein proaktives Agieren und nicht einfach nur, wenn zufällig ein Bauprojekt auf den Tisch kommt, um dann sagen, wir brauchen da noch eine Ecke. Wir haben an vielen Orten brachliegende Flächen, die man aktivieren kann und mit Gesprächen schauen muss, dass etwas passieren kann. Da gibt es Potenzial und deswegen braucht es jemanden, der das macht. Das kann man nicht einfach nur schnell nebenbei machen. In der Wissenschaft konnte man im Forschungsprogramm «Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung» zeigen, dass es jemanden braucht, der die verschiedenen Bereiche der Verwaltung zusammenbringt und ja, da gibt es halt eine Sitzung mehr, an der man die Sachen analysiert und Lösungen und Gelegenheiten sucht, das zu realisieren. Und ja, am Schluss pflanzt man einen Baum, den braucht es auch, aber nicht nur. Es muss auch der Platz zur Verfügung stehen, den die öffentliche Hand hat, den aber vielleicht auch Private haben, die einen Gewinn daraus haben, dass wir so agieren und mögliche Lösungen gemeinsam entwickeln. Das braucht Manpower und darum sind beide Anträge bitte abzulehnen.

Wenn man, so wie Herr Steiger, von Potenzial spricht, dann müsste man das auch einmal aufzeigen. Bei jedem Bebauungsplan, z. B. Ortskern oder bei jedem öffentlichen Bauvorhaben gibt es immer Umgebungsgestaltungen. Wir haben das Freiraumkonzept, Etappe 1, 2 und 3, mit dem das Ganze institutionalisiert und professionell aufgegleist wurde. Deshalb verstehe ich nicht, warum jetzt noch die zusätzlichen Kosten nötig sind, denn es hat jetzt schon funktioniert. Unser gemässigter Vorschlag liegt vor und für den möchte ich mich stark machen.

Jürg Biese (FDP)

Ich bringe noch ein Beispiel, bei dem aus Sicht der L20 der Schuss nach hinten losgegangen ist. Wenn man bei den Palazzine die Grünfläche der Korporation sichern wollte und jetzt postwendend ein Projekt darauf geplant und realisiert wird, dann muss man aufpassen, wenn man von Potenzial spricht und dies sichern möchte, dann muss man auch die Konsequenzen berücksichtigen, die eintreten können.

Ich bitte Sie, den gemässigten Vorschlag der FDP anzunehmen. Es gibt genug Freiraumkonzepte und Umgebungsgestaltungen, die in den verschiedenen Bebauungsplänen und unseren öffentlichen Vorhaben vorgeschrieben und vorgegeben sind.

Ich schätze, dass wir über die Sache diskutieren, das bedeutet, dass uns das wichtig ist. Wie man das löst, darüber sind wir uns aber nicht ganz einig. Ich komme aus einem gestalterischen Beruf und arbeite in einem gestalterischen Bereich und weiss genau – wie das auch Herr Zemp und mein Kollege Herr Steiger gesagt haben – wenn niemand den Hut anzieht und die Sache antreibt, bei der mehrere Abteilungen beteiligt sind und die Vernetzung notwendig ist, dann passiert nichts. Es ist nicht damit getan, dass bei einem Baum einfach nur ein Spielplatz gemacht ist, sondern es geht darum, wie der Bericht auch sagt, ob z. B. dieser Spielplatz auch für die Umgebung zugänglich und überhaupt richtig ist. Es geht eben nicht nur um Spielplätze, sondern es geht um Begegnungsorte, es geht um vieles, was die Orte sozial lebenswerter macht.

Sofia Galbraith (L20)

Der Fokus war jetzt immer sehr stark auf die Gemeinde und ihre eigenen Plätze. Wir haben eine Vorbildfunktion, darauf müssen wir auch einen Fokus legen, aber was man ausblendet, ist der Kontakt zu den Privaten und dort liegt das grosse Potenzial. Man muss die Anliegen für den Freiraum bei der Entwicklung vom Campus hinbekommen, aber jetzt auch bei einem Projekt wie dem Chrischona muss man das einbringen oder bei einem Projekt bei der Seewiese, das jetzt halt nicht im Talboden liegt. Dort ist Potenzial vorhanden und wenn man das frühzeitig einbringen kann und sich als Gemeinde positioniert und die Interessen vertritt, dann liegt auch etwas drin. Beim Ziegeleipark hatten wir das Glück, dass die eine gute Arealentwicklung haben mit Leuten, die Erfahrung haben. Das sind Leute, die aus einem städtischen Raum kommen und wissen, wie Grünräume geschätzt werden. Wenn man den Bebauungsplan «horw mitte» anschaut, dann würde der Ziegeleipark ein wenig anders aussehen und wir können froh sein, dass sich das so entwickelt hat. An anderen Orten findet die Entwicklung weniger statt, weil an den Freiraum erst ganz am Schluss gedacht wird, wenn die Fussabdrücke bebaut sind. Und dort liegt Potenzial und nicht nur bei den Projekten, die in den Einwohnerrat kommen, sondern eben grad bei den Projekten, die nicht vor den Rat kommen, liegt Potenzial.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Das Projekt Chrischona ist ein gutes Beispiel, denn genau das haben wir hier im Rat in der Hand. Wir haben 2017 gesagt, dass es für die Öffentlichkeit einen Mehrwert haben muss. Das haben wir festgelegt und die Alfred Waser Stiftung weiss ganz genau, dass sie sehr viel Mehrwert in den Richtplänen bringen muss, denn sonst hat sie keine Chance, dass wir dazu Ja sagen. Das jetzt vorliegende Projekt bringt meiner Meinung nach sehr viel für die Öffentlichkeit und das ist genau der Weg, der sein muss. Aber dafür braucht es keine Stelle und wenn, dann eine 20 %-Stelle. Das ist jetzt genau so passiert, dass ein Privater ein Interesse hat und wir können uns dort einbringen, damit es so kommt, dass es für alle stimmt.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Ich bitte auch darum, die beiden Anträge abzulehnen. Hier geht es um eine Spezialistenstelle und, wie schon gesagt wurde, die verschiedenen Hüte. Das kann nicht einfach ein Projektleiter, oder wer auch immer, einfach so kompensieren. Es braucht jemanden, der eine gewisse Ahnung von der Arbeit hat und darum bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen, damit wir die 30 %-Stelle schaffen können. Für unsere Gemeinde Horw ist das sicher von grossem Nutzen.

André Fallet (GLP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der SVP, folgenden Punkt 3 des B+As zu streichen:

«3 Weiteres Vorgehen

Mit den gesprochenen Fr. 45'000.00 pro Jahr für die Sozial- und Freiraumentwicklung ermöglicht der Einwohnerrat die Schaffung einer Stelle im Umfang von ca. 30 Stellenprozenten. Die neu geschaffene Stelle spielt eine zentrale Rolle für die Koordinierung und das proaktive Handeln innerhalb der Verwaltung. Die neue Funktion soll organisatorisch dem Sozialdepartement zugeordnet werden und wird durch eine momentan laufende Ausschreibung bestenfalls im Sommer 2022 besetzt werden können.»

Der Antrag wird mit 8:21 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP: «Wir beantragen eine Reduktion des Pensums auf 20 % sowie eine Kürzung des Budgets auf 30'000 Franken.»

Der Antrag wird mit 11:18 Stimmen abgelehnt.

Wie im Eintreten erwähnt, haben wir zu Punkt 3 auch einen Antrag. Dieser lautet wie folgt: «Die Mitte/GLP-Fraktion stellt den Antrag, dass dem Einwohnerrat nach 3 Jahren ein Wirkungsbericht im Sinne von Art. 31, Ziff. 1, lit. c der Gemeindeordnung vorgelegt wird. Dieser Bericht sollte anhand von guten und weniger guten Beispielen zeigen, wo und wie auf die sozialräumliche Entwicklung Einfluss genommen wurde, was bewirkt wurde und wo bei der täglichen Arbeit Verbesserungspotenzial geortet wird. Anhand dieses Berichtes soll über das «wie weiter» befunden werden.

Der Gemeinderat wäre froh, wenn Sie das Wort «Wirkungsbericht» anpassen würden, man müsste eher «Rechenschaftsbericht» schreiben, in dem man aufzeigt, was gemacht wurde. Ein Wirkungsbericht geht sehr schnell in die Richtung, wo man aufzeigt, was passiert ist, weil man etwas gemacht hat und was passiert wäre, wenn man es nicht gemacht hätte. Das sind schwierige Themen, die nicht so einfach messbar sind, wie z. B. beim Finanzausgleich, wo man einen Wirkungsbericht machen kann. Hier müsste man eher von einem Rechenschaftsbericht sprechen, sonst wäre der Aufwand relativ gross, was dann wieder einen Teil der Arbeit frisst, von der man ja jetzt schon lange diskutiert, ob wir genug oder zu wenig Pensum haben.

Für mich hört sich das nicht so schlecht an, aber wenn Sie sich an die letzte Sitzung erinnern, wollte ich beim Reglement zur Vereinsunterstützung etwas Ähnliches und ich bin überzeugt, das was ich beantragt habe, würde weniger Arbeit geben. Wenn ein Bericht zur Vereinsunterstützung sehr viel Arbeit gibt, wie Herr Gemeindepräsident Burkard dazumal gesagt hat, dann gibt das hier definitiv viel mehr Arbeit und das gibt dann einen 40 %-Bericht, wie die SVP erwähnt hat, wieviel Arbeit nachher auf dem Tisch liegt. Ich kann Ihnen nur sagen: Unterstützen Sie den Antrag nicht.

Unsere Fraktion ist mit dem Vorschlag von Herrn Zemp einverstanden, das Wort «Wirkungsbericht» anzupassen. Wir sind nicht der Meinung, dass das ein 15-seitiger Bericht sein soll, sondern es sollen auf ein 1-2 Seiten die guten und weniger guten Beispiele aufgezeigt, aber sehr marginal gehalten werden.

Entschuldigung Herr Fallet, aber das, was da verlangt wird, bringt man nicht auf eine oder zwei Seiten. Der Gemeinderat hat uns das letzte Mal belehrt, man könne das in zwei oder drei Jahren mit einem Vorstoss erfragen und das kann man auch in diesem Fall so machen, wenn das wirklich nötig ist. Deshalb kann man jetzt auf den Antrag verzichten.

Stefan Maissen (FDP)

André Fallet (GLP)

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

André Fallet (GLP)

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung: «Die Mitte/GLP-Fraktion stellt den Antrag, dass dem Einwohnerrat nach 3 Jahren ein Rechenschaftsbericht im Sinne von Art. 31, Ziff. 1, lit. c der Gemeindeordnung vorgelegt wird. Dieser Bericht sollte anhand von guten und weniger guten Beispielen zeigen, wo und wie auf die sozialräumliche Entwicklung Einfluss genommen wurde, was bewirkt wurde und wo bei der täglichen Arbeit Verbesserungspotenzial geortet wird. Anhand dieses Berichtes soll über das «wie weiter» befunden werden.

Der Antrag wird mit 10:19 Stimmen abgelehnt.

Stefan Maissen (FDP)

7. Fragestunde

anschliessend Weiterbehandlung Bericht und Antrag Nr. 1697

Anhang 1: Sozial- und Freiraumentwicklung Horw: Auswertung Erreichbarkeitsanalyse vom 20. August 2021

Auf Seite 14 sehen Sie, ob Freizeit-, Spiel- und Sportflächen innerhalb von 5 Minuten erreicht werden oder nicht. Wenn Sie auf der Abbildung in der Horwer Halbbucht Richtung Kirche schauen, ist da ein eingekreistes Gebilde, was nicht innerhalb der 5 Minuten liegen würde. Das ist gerade am Wald und ich frage mich, ob der Wald wirklich so betoniert ist, dass man dort nichts machen kann. Dies als Input für die, die das geplant haben.

Reto Eberhard (SVP)

Anhang 2: Sozial- und Freiraumentwicklung Horw: Massnahmenblätter vom 6. Mai 2021

Keine Anmerkungen

Stefan Maissen (FDP)

Bericht und Antrag

Abstimmung Beschluss:

Der Planungsbericht «Sozial- und Freiraumanalyse» wird mit 19:8 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen.

8. Bericht und Antrag Nr. 1698 Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw»

Eintreten GPK

Der Planungsbericht basiert zum grossen Teil auf Daten des Stratus-Tools. Dieses bewertet den Lebenszyklus der Objekte und deren Zustand. Der Bericht zeigt erfreulicherweise auf, dass fast die CO₂-Neutralität, nämlich 90 % bis 2042 erreichbar wäre. Frau David-Müller informierte, dass der Gemeinderat bereit ist, die Klimaziele zu beschleunigen und das vertieft zu analysieren. Der Gemeinderat kommt dadurch seiner Vorbildfunktion nach und setzt positive Signale gegen aussen. Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, die fossile Freiheit der Liegenschaften der Gemeinde und die Reduktion der CO₂-Emissionen bereits vor dem Jahr 2040 anzustreben, da dies für die Gemeinde verkraftbar sei.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Die GPK begrüsst diese Bereitschaft und verlangt mit Ihren Anträgen, dass der Einwohnerrat die Strategie mitträgt und so dem Gemeinderat ein klares Signal sendet. Bei der Besprechung des Berichts ist auch aufgezeigt worden, dass sich die Zahlen nur auf Gebäude beschränken. Fernleitungen, wie z. B. beim Schulhaus Hofmatt sind nicht

berücksichtigt. Die Kosten für solche Fernleitungen sind sehr kostspielig und werden die Gesamtkosten vermutlich massiv verteuern. Demgegenüber muss man aber berücksichtigen, dass das jetzt angedachte Heizsystem nicht unbedingt das System sein muss, das dann beim Projekt tatsächlich auch zur Anwendung kommt.

Die GPK stimmt dem Planungsbericht einstimmig zu und wird unter Punkt 6, Würdigung, ihre Anträge stellen.

Eintreten BVK

Jürg Biese (FDP)

Die BVK steht auch voll und ganz hinter der Absicht, die der Gemeinderat mit dem Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» verfolgt und der aufgrund der Motion Nr. 2020-309 von Urs Röllli und der FDP erarbeitet worden ist. Es geht darum, den Willen zu bekräftigen, dass wir in Horw schneller zu einem CO₂-neutralen Gebäudepark kommen wollen, als dies der Bund mit dem Ziel 2050 erreichen will.

Die Gemeinde verwendet für die Lifecycle-Betrachtung und daraus entstehende Planungen von Sanierungs- und Erneuerungsmassnahmen von den gemeindeeigenen Anlagen und Gebäuden die Applikation Stratus. Gemäss dieser Applikation könnten wir einen CO₂-neutralen Gebäudepark im Jahr 2040 erreichen.

Ergänzend zu der Betrachtung hat der Gemeinderat einen Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» in Auftrag gegeben, der aufgrund der Ist-Analyse des Horwer Gebäudeparks aufzeigt, wie wir bis spätestens 2048 mit verschiedenen Investitions- und Sanierungsmassnahmen in mehreren Etappen unser Ziel erreichen. Wir dürfen uns dabei aber nichts vormachen, wir werden nie auf null CO₂-Emissionen kommen, aber 90 % sind gemäss heutigem Kenntnisstand möglich.

Das Bestreben, Sanierungsmassnahmen mit dem Ziel von null CO₂-Emissionen zu realisieren, entspricht gemäss der Gemeinderätin Astrid David Müller und dem Leiter Immobilien, Martin Kopp, einem Paradigma-Wechsel, was auch der Grund ist, weshalb wir bei den in letzter Zeit umgesetzten Sanierungen oder auch Ersatzbauten nicht die Klimaneutralität (null CO₂-Emission) in den Vordergrund gestellt haben. Mehr als einmal haben wir ja auch darüber diskutiert, ob ein Minergie-Standard erreicht werden soll respektive muss oder nicht. Und oft haben dabei die Kosten eine Rolle gespielt.

Die Kosten haben bei der Beratung des vorliegenden B+As auch bei der BVK zu reden gegeben. Viel Hoffnung ist nämlich zum Beispiel in die vorhandenen Fernwärmenetze gesteckt worden. Man darf aber nicht unterschätzen, was es bedeutet, ein Fernwärmenetz von der Seenergy, oder auch Erdwärmesonden oder Luft-Wärmetauscher für grössere Anlagen, mitten im Siedlungsgebiet zu verbauen.

In der Übersicht der Summe der Investitionskosten nach Bauteiltypen erscheint uns der Anteil Heizungsersatz mit 2.7 Mio. Franken auf die gesamten fast 19 Mio. sehr tief, und wir haben wie die GPK festgestellt, dass nur die Investitionskosten innerhalb der Anlagen oder Gebäude, nicht aber die Zuleitungen von Energie in den Kosten enthalten sind. Zudem hat man uns nicht konkret aufzeigen können, welche Investitionsmassnahmen jetzt als Erstes an die Hand genommen werden sollen.

Das hatte zur Folge, dass die BVK zuerst diskutiert hat, ob man den B+A zur Überarbeitung, weiteren Detaillierung und Vertiefung zurückweisen sollte oder ob man ihn zur Kenntnis nehmen soll mit der Auflage, dass bei den Budgetanträgen für die ersten Sanierungsmassnahmen ein Zusatzbericht mit einer Gesamtübersicht und Grobkostenplanung sowie Aussagen zu den gesetzten Prioritäten und konkreten Kosten erstellt werden sollen.

Wir haben uns dann für das Zweite entschieden und werden deshalb einen entsprechenden Antrag auf Bemerkung in der Detailberatung bei den Beschlüssen stellen.

So haben wir denn am Schluss einstimmig die Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1698 beschlossen und sind deshalb für Eintreten.

Eintreten L20

Philipp Peter (L20)

Die L20-Fraktion hat den B+A zum klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw ausführlich beraten. Wir danken dem Gemeinderat, dass er sich dem wichtigen Thema annehmen will und sind froh, dass mit dem Planungsbericht der Firma OekoWatt AG eine erste gute Grundlage erstellt wurde.

Ganz grundsätzlich ist es natürlich schon immer ein Kernanliegen unserer Fraktion, dass die Gemeinde mit gutem Beispiel vorausgeht und bei ihrem CO₂-Fussabdruck eine Verkleinerung anstrebt. Es geht darum, vorwärtzumachen bei der Bekämpfung der Klimaerwärmung und es ist längst Zeit, dass wir uns als Gemeinde und Gesellschaft von den fossilen Energieträgern endgültig verabschieden. Es stimmt auch nachdenklich, dass erst jetzt, wo noch geopolitische Argumente dazukommen, auch ein Grossteil der Bevölkerung bereit ist, sich zu bewegen. Zugleich freut es uns doch sehr, dass es nun in Horw vorwärtsgehen soll. Wenn ich sage vorwärtsgehen, dann spreche ich vor allem vom Ziel, welches am Ende des Wegs steht, nämlich der CO₂-Neutralität, oder wie es Herr Biese gesagt hat, Fast-Neutralität unseres Gebäudeparks. Wie der Weg verläuft, ob es Abkürzungen oder Umwege gibt, welche Routen wir nehmen könnten und wie wir am besten ans Ziel kommen, auf all diese Fragen gibt der B+A leider keine Antwort. Konkret vermissen wir Zwischenziele, eine Strategie, Umsetzungsszenarien, einen Fahrplan und im besten Fall auch einen Absenkpfad, um die CO₂-Neutralität möglichst bald zu erreichen.

Das Gutachten der Fachleute der Firma OekoWatt AG zieht ein unmissverständliches Fazit:

- Kontinuierliche Standortbestimmung und periodische Neuausrichtung der eigenen Immobilien-Strategie (am besten mit einem jährlichen Monitoring)
- Bestehende Strombezugsverträge zeitnah überprüfen
- Mit den Betreibern der bestehenden Wärmenetze sprechen und 100 % erneuerbare Energien verlangen (Ja, See-Energy baut auf Horwer Grund und Boden! Da dürfte man als Gemeinde auch 100 % erneuerbare Energie von ihnen verlangen!)
- Frühzeitiger Ersatz der Wärmeerzeugung
- Die Gemeinde stellt auf allen Ebenen der Verwaltung sicher, dass nur noch Investitionen getätigt werden, welche auf vollständig erneuerbare Energiesysteme basieren.

Der wichtigste Satz im ganzen Bericht: «Die Ziele können vor 2040 erreicht werden!»

Bei so vielen eindeutigen Aussagen und guten fachlichen Grundlagen ist es schon erstaunlich, dass der vorliegende B+A keine konkreten Ziele und Szenarien vorschlägt, ja nicht einmal einen klaren Antrag in diese Richtung beinhaltet. Wir werden darum die Anträge aus den Kommissionen und von anderen Fraktionen, die in die angestrebte Richtung zielen, unterstützen und auch selbst Anträge auf Bemerkung in die Detailberatung einbringen.

Wir sind für Eintreten und gespannt auf die Detailberatung.

Eintreten Die Mitte/GLP

Mit dem siebenseitigen Planungsbericht und dem Gutachten der OekoWatt AG zeigt uns der Gemeinderat die Grundlagen für die mittel- bis langfristige Finanzplanung unter Berücksichtigung der klimapolitischen Rahmenbedingungen auf.

Unsere Fraktion begrüsst die Vorwärtsstrategie des Gemeinderats und unterstützt die organisatorische, finanzielle und strukturelle Weichenstellung grundsätzlich. Damit der notwendig sportliche Zeitplan nicht zu scheitern droht, plädieren wir dafür, ohne umfangreiche zusätzliche Planungsberichte Taten folgen zu lassen. Den Antrag der BVK zum Zeitpunkt der Budgetplanung für die erste Sanierungs- und Investitionsmassnahme einen Zusatzbericht zu erstellen bezüglich gesetzter Prioritäten und konkreter Kosten, werden wir unterstützen, ebenso die beiden ähnlich lautenden Anträge der GPK.

Die Fraktion der Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme zum B+A Nr. 1698.

Eintreten FDP

Die FDP-Fraktion ist mit dem vorliegenden B+A Nr. 1698 «Klimafreundlicher Gebäudepark» nicht zufrieden. Grundsätzlich sind wir erfreut, dass der B+A relativ schnell erstellt werden konnte, und auch den Bericht der Fa. OekoWatt finden wir gut, aber die Qualität stimmt für uns nicht. Das eigentlich aussagekräftigste Kapitel 5 ist im Gegensatz zu Kapitel 2 und 4 sehr «mager» ausgefallen. Beim Antrag im Kapitel 9 haben wir uns gefragt, was wir nun inhaltlich mit Substanz zur Kenntnis nehmen sollen. Diesbezüglich hätten wir vom Gemeinderat auch eine Jahreszahl für die Umsetzung erwartet. Der Anhang der Firma OekoWatt ist wie gesagt recht detailliert und gut, aber leider ohne «echte» Szenarien z. B. beschleunigte Umsetzung und sinnvolle Investitionsplanung, welche wohl beim Auftrag nicht explizit verlangt worden sind.

Bei den Kosten vermissen wir die Zuleitungen, die recht kostspielig sind und nicht eingerechnet wurden. Der Solarstrom wurde im Bericht zwar erwähnt, aber auch hier fehlen die Details und Kosten und wie die Gemeinde die Investitionen erfolgen lassen will und ob es evtl. lukrativere oder sinnvollere Modelle gäbe.

Anstelle einer Rückweisung ist die FDP-Fraktion im Sinne einer Vorwärtsstrategie für eine baldmögliche Umsetzung des Planungsberichts für unsere Umwelt und insbesondere Unabhängigkeit. Diesbezüglich fordern wir einen Zusatzbericht zu diesem B+A, u. a. mit guten Szenarien, Konzept und Planung und Gesamtbetrachtung. Details werden wir im Antrag mitteilen. Statt dass wir nur ein Etikett «Energistadt» haben, wollen wir auch aufgrund von konkreten Vorgehen, dass die Gemeinde Horw jetzt auch aktiv etwas umsetzt.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und vorbehältlich ihres Antrages für Zustimmung zum B+A und in dem Sinn auch noch nicht für die Abschreibung der Motion des Redners selbst.

Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion hat den B+A Nr. 1698 mit Interesse besprochen. Im Bericht finden wir eine allgemeine Übersicht mit dem Ziel, im Jahr 2050 alle gemeindeeigenen Gebäude CO₂-neutral zu machen. Das ergibt vor allem bei den grossen Schulgebäuden Sinn, weil dort die Einsparungen am grössten ausfallen. Es ist sinnvoll, die Gebäude Schritt für Schritt anzugehen. Das heisst, dass der Gemeinderat eine Prioritätenliste machen soll, die aufzeigt, wie die Reihenfolge ist. Wir möchten einen Kostenbeschrieb von den ersten beiden Gebäuden, alle weiteren Kosten können nach und nach und aktuell aufgezeigt werden. Es macht einfach keinen Sinn, Kosten zu berechnen, die dann in fünf oder mehr Jahren wieder überarbeitet werden müssen.

Toni Portmann (Die Mitte)

Urs Röllli (FDP)

Reto Eberhard (SVP)

Wir stehen für eine effiziente und gezielte Planung, ohne unnütze Rechnerei. Lieber fangen wir mit dem ersten Objekt an, anstatt mehr Ressourcen für grosse Kostenplanungen zu verbrauchen. Also starten wir mit dem ersten Schulhaus Spitz oder Mattli, weil das Allmendschulhaus ohnehin umgebaut und entsprechend wärmetechnisch aufgerüstet und angepasst wird. So können wir dann je nach organisatorischen und finanztechnischen Möglichkeiten eins ums andere angehen.

Die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1698.

Ich bedanke mich für Ihre engagierten Voten und klaren Aussagen, dass Sie alle eine Vorwärtsstrategie einschlagen wollen. Der Gemeinderat hat das im Planungsbericht ebenfalls signalisiert und es ist uns sehr wichtig, jetzt von Ihnen zu erfahren, ob Sie die Stossrichtung unterstützen oder nicht. Das konkrete Vorgehen werden Sie in der Investitionsplanung sehen, die Ihnen in Kürze vorgelegt wird. Man muss natürlich sehen, dass man Investitionen in Gebäude nicht isoliert anschauen kann, man muss sie als Gesamtbetrachtung von allen Investitionen haben, die in der Gemeinde anfallen und die müssen auch miteinander in Einklang gebracht werden. Die Investitionen müssen verdaulich sein, sonst funktioniert das am Schluss nicht. Darum ist es auch sehr schwierig, einem Büro zu sagen, sie sollen ein Konzept machen, denn die müssen ja auch wissen, was sonst in der Gemeinde noch alles gefragt ist und was sonst noch alles gemacht werden muss, damit man das aufeinander abstimmen kann.

Astrid David Müller
(SVP)

Es sind auch andere Aspekte, die die Frage beeinflussen, welches Gebäude man zuerst nimmt und welches später. Wir haben z. B. im Spitz einen Contracting-Vertrag bis 2036, da müsste man schauen, ob man den ablösen kann und wenn ja, zu welchen Bedingungen. Beim Schulhaus Allmend, das haben wir auch gehört, wäre gemäss Stratus das alte Gebäude dran, aber es macht wenig Sinn, das jetzt zu machen. Man hat ja eine Testplanung, bei der man eine andere Idee hat, und das ist eine relativ umfangreiche Sache. Sie werden das in der Investitionsplanung sehen, aber es macht hier wenig Sinn, das jetzt in eine feste Reihenfolge zu bringen, weil es durchaus auch sein kann, dass man im Jahr x umdisponieren muss, je nachdem, ob man vielleicht bei einem Gebäude noch etwas anderes anschauen muss, das man dann vorziehen müsste.

Jedes einzelne Projekt wird Ihnen mit einem Sonderkredit vorgelegt und dann können Sie entscheiden, ob das Projekt sinnvoll ist oder nicht. Es ist ja nicht so, dass man jetzt sagen könnte, dass sich der Einwohnerrat jetzt auf irgendeine Reihenfolge oder irgendwelche Kosten festgelegt hat.

Wir haben momentan aufgrund der Finanzen eine gute Ausgangslage und darum möchten wir das vorantreiben. Wir möchten keinen Investitionsstau haben und verhindern, dass man Sparmassnahmen ergreifen muss und viele Investitionen nicht tätigen kann.

Ich schlage vor, wir gehen in die Detailberatung und dann kann ich zu den einzelnen Anträgen Stellung nehmen.

Bericht und Antrag

3 Zielsetzung

Ich möchte einen Antrag auf Bemerkung stellen, und zwar ist das nicht von mir, sondern 1:1 aus dem Fazit des Planungsberichts zitiert. Wir haben das heute auch schon zweimal gehört, sowohl im Eintreten der BVK als auch von mir, eine Selbstverständlichkeit, die man ausbügeln könnte. Der Antrag lautet: «Die Gemeinde stellt auf allen Ebenen der Verwaltung sicher, dass nur noch Investitionen getätigt werden, welche auf vollständig erneuerbaren Energiesystemen basieren.»

Philipp Peter (L20)

Der Antrag ist sehr allgemein gefasst. Dass nur noch Investitionen getätigt werden, welche auf vollständig erneuerbaren Energiesystemen basieren, ist ein sehr weit gefasster Begriff. Was ist damit gemeint? Wenn man ein Fahrzeug kaufen muss, kann es sein, dass man aus irgendwelchen Gründen ein Dieselfahrzeug erwerben muss. Wir versuchen, das zu vermeiden, aber so hätten wir eine sehr grosse Einschränkung auf die ganze Verwaltung. Ein Antrag, der so umfassend ist, würde wahrscheinlich ein sehr grosses Hemmnis darstellen. Ich schlage vor, das einzugrenzen, ansonsten wäre das sehr unbestimmt.

Astrid David Müller (SVP)

Frau David Müller, beim vorliegenden B+A geht es um den Gebäudepark und ich weiss nicht, wieso Sie jetzt mit Fahrzeugen kommen. Wir reden jetzt nicht über Fahrzeuge, sondern wir sprechen über eine Zielsetzung in der Strategie bezüglich dem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw und dann ist das nicht so breit gefasst. Im Zusammenhang mit Gebäudeinvestitionen kann das ja dann durchaus umgesetzt werden.

Philipp Peter (L20)

Wenn man jetzt von Gebäuden redet, gibt es ja in den Gebäuden immer Heizungen und da kann ja mal etwas kaputtgehen sprich man muss vielleicht einmal ein Teil erneuern. Wenn ich lese «Investitionen», dann würde das ja auch heissen, dass man keine Ersatzteile mehr für eine Heizung machen dürfte. Ich finde, das ist am Ziel vorbeigeschossen, denn man müsste die ganze Heizung herausreissen und das wäre dann energetisch und umwelttechnisch gesehen auch nicht das Gelbe vom Ei, also sprich ein Eigen-goal.

Reto Eberhard (SVP)

Herr Eberhard, eine Investition ist nicht eine Auswechslung eines Ersatzteils.

Philipp Peter (L20)

Es ist richtig, was jetzt gesagt wurde. Sie können sogar einen Elektroboiler 1:1 ersetzen, Sie müssen vielleicht einfach ein Elektroregister dazu einbauen, das in Zukunft mit erneuerbarer Energie betrieben werden kann oder teilweise, das muss nicht 100 % sein. Man kann sogar eine Ölheizung 1:1 ersetzen, wenn es im GEAK-Bericht mindestens ein D hat. Aber das muss der Gemeinderat wissen bzw. das ist auch im OekoWatt-Bericht so vorhanden. Die Hände sind einem nicht ganz gebunden, dass man nur noch in eine Richtung gehen kann.

Urs Rölli (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung von Philipp Peter, L20: «Die Gemeinde stellt auf allen Ebenen der Verwaltung sicher, dass nur noch Investitionen getätigt werden, welche auf vollständig erneuerbaren Energiesystemen basieren.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 23:5 Stimmen zugestimmt.

7 Würdigung

Wie bereits im Eintreten angekündigt, stellt die GPK zwei Anträge auf Bemerkung. Der erste lautet: «Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, dass das angestrebte Klimaziel unter allen ökologischen, finanziellen und technischen Gesichtspunkten vor 2040 erreicht wird.»

Leo Camenzind (Die Mitte)

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen den Antrag.

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, dass das angestrebte Klimaziel unter allen ökologischen, finanziellen und technischen Gesichtspunkten vor 2040 erreicht wird.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Der zweite Antrag, der auch aufgrund der aktuellen Lage entstanden ist, lautet: «Bei der Umsetzung der Massnahmen für eine CO₂-neutrale Energiebilanz hat die Abkoppelung vom Erdgas und Erdöl Priorität, falls es unter dem Antrag 1 gleichwertige Szenarien gibt.»

Leo Camenzind (Die Mitte)

Für die Antwort habe ich mich mit Frau David abgesprochen, denn es gibt da einen finanziellen Aspekt. Ich möchte etwas vorausschicken, weil nachher noch weitere Anträge in die Richtung kommen.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Der Gemeinderat bittet Sie, die Entscheidungskaskade zu beachten. Sie nehmen den Planungsbericht zur Kenntnis und Ihre Anträge auf Bemerkung haben für uns selbstverständlich auch Auftragscharakter. Bei der Priorisierung haben Sie aber wieder das Wort. Wir sind im Moment am Ausarbeiten des Investitionsplans, der Ihnen im Juni unterbreitet wird. Darin wird dargelegt, wie der Gemeinderat gedenkt, im Sinn des Planungsberichts die Investitionen vorzunehmen. Es wird auch aufgezeigt, und das ist in Abweichung zum bisherigen Investitionsplan, wie viel Tonnen CO₂ man mit gewissen Investitionsmassnahmen, aufgeschlüsselt nach Gebäude, einsparen kann. Wir legen Ihnen auch dar, wie das heutige Heizungssystem von jedem Gebäude ist, zu dem wir Ihnen Investitionen vorschlagen. Sie werden also im Rahmen der Investitionsplanung bereits Prioritäten festsetzen können. Sie werden sagen können, dass Sie z. B. als Erstes die Gasheizungen oder Ölheizungen ersetzen möchten. Diese Priorisierung können Sie vornehmen und die würde ich hier nicht schon vorwegnehmen. Dann machen Sie die Uraufgabe, die sie haben, nämlich die strategischen Entscheide, wo Sie die Investitionsschwerpunkte in den nächsten Jahren 2023-2027 setzen wollen.

Das wollte ich vorausschicken, bevor Sie darüber abstimmen. Den Antrag kann man annehmen, das ist überhaupt kein Problem, aber bedenken Sie bei den folgenden Anträgen, dass Sie jedes Mal beim Investitionsplan über jedes Objekt nochmal bestimmen können, zu welchem Zeitpunkt Sie etwas unternehmen wollen. Am Schluss, wenn es ums Geld geht, werden Sie das im Aufgaben- und Finanzplan bestimmen. Da können Sie auch noch einmal sagen, in welcher Höhe Sie Investitionen sehen oder ob Sie etwas hinausschieben und etwas anderes vorziehen wollen.

Ich bitte Sie, die Kaskade einzuhalten, dann bekommen wir kein Durcheinander bei den Entscheidungsabläufen und Sie haben jedes Mal die Freiheit, zu sagen, wir wollen das oder wir wollen das nicht.

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der GPK: «Bei der Umsetzung der Massnahmen für eine CO₂-neutrale Energiebilanz hat die Abkoppelung vom Erdgas und Erdöl Priorität, falls es unter dem Antrag 1 gleichwertige Szenarien gibt.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 24:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Jetzt kommen die Anträge, die Herr Jung angesprochen hat. Wie in meinem Eintreten für die BVK erwähnt, haben wir uns daran gestört, dass der vorliegende Planungsbericht noch keine genügende Planung, Detaillierung und gesamthafte Kostenbetrachtung mit Priorisierung der klimaneutralen Sanierungen oder Erneuerungen beinhaltet. Weil man uns auch nicht sagen konnte, welche Sanierungsprojekte die ersten sein werden, und wir Bedenken haben, dass die effektiven Kosten für die Massnahmen deutlich höher liegen könnten, hat die BVK folgenden Antrag auf Bemerkung: «Zum Zeitpunkt des Budgets für die erste Sanierungs- und Investitionsmassnahme wird im Sinne eines Zusatzberichts eine Grobplanung erwartet mit Aussagen bezüglich gesetzter Prioritäten und konkreter Kosten».

Jürg Biese (FDP)

Wir werden Ihnen einen Investitionsplan vorlegen, in dem wir Ihnen konkret darlegen, in welcher Reihenfolge was geplant ist. Es macht keinen Sinn, wenn man versucht, konkrete Kosten herauszufinden betreffend einer Investition, die vielleicht im Jahr 2030 geplant ist. Man kann natürlich den Aufwand betreiben, es wird auch relativ teuer, aber man wird da nur eine Scheingenauigkeit erhalten. Ich schlage vor, dass wir das mit dem Investitionsplan beraten und Sie können dann Ihre Anträge stellen. Wenn Ihnen das nicht ausreicht, kann man über das Budget reden, aber hier ergibt es keinen Sinn, einen Bericht zu verlangen, bevor man nicht gesehen hat, was im Investitionsplan alles dargelegt ist.

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der BVK: «Zum Zeitpunkt des Budgets für die erste Sanierungs- und Investitionsmassnahme wird im Sinne eines Zusatzberichts eine Grobplanung erwartet mit Aussagen bezüglich gesetzter Prioritäten und konkreter Kosten».

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 15:12 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Es folgt der im Eintreten angekündigte Antrag auf Bemerkung der FDP. Wir fordern einen Zusatzbericht zum B+A mit folgendem Inhalt:

Urs Röllli (FDP)

1. Szenarien, die wir vermissen, wie
 - a) Kosten / Nutzen,
 - b) Terminübersicht inkl. Möglichkeiten einer vorzeitigen Umsetzung (vor 2040). Das kann z. B. auch 2035 sein, dass man berücksichtigt, wie es schon 2035 aussehen würde.
 - c) Vorzeitige Umsetzung im Hinblick darauf, dass auch noch intakte Gebäudeinfrastruktur ersetzt werden muss, wenn dabei grössere CO₂-Verursacher beseitigt werden können. Wie auch das von Frau David Müller erwähnte Beispiel bezüglich dem Schulhaus Spitz, wo noch ein Contracting vorhanden ist, damit man sieht, ob man aussteigen kann oder nicht, ist das ein Klumpen am Bein, mit dem man abwarten muss usw.
2. Konzept für die Planung der Sanierungs- und Investitionsmassnahmen. Man muss nicht alles im Detail planen bzw. die Kosten berechnen, sondern wie in der Motion gefordert mit einer Kostengenauigkeit von +/- 50 %, das ist Stufe Studie und das müsste möglich sein.
3. Gesamtbetrachtung je Objekt inkl. Zuleitungen, Photovoltaik und allfälligen Desinvestitionen, Beispiel Schulhaus Spitz oder beim Schulhaus Allmend ist eine Photovoltaikanlage auf dem Dach, für die ein Contracting besteht. Es ist wichtig, solche Sachen zu berücksichtigen, damit wir eine Vorwärtsstrategie führen können.

Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Das ist jetzt genau das, was ich beim Eintreten gesagt habe, Rechnerei vorwärts, Rechnerei retour, da noch ein Bericht, da noch eine Planung, da noch irgendeine Zusammenstellung. Mir wäre es lieber, wir würden einfach einmal das erste Objekt durchrechnen und dann starten. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass man da jetzt alles Mögliche für Gebäude zusammenrechnet, machen kann man ja dann doch nur eins ums andere. So ist man auch am effizientesten und generiert nicht einen Haufen Kosten, wie wir vom Gemeinderat gehört haben, dass man bis ich weiss nicht was für ein Jahr die Kosten zusammenstellt und am Schluss sieht alles wieder ganz anders aus. Aus diesem Grund mache ich Ihnen beliebt, den Antrag abzulehnen und im Sinn vom ersten Objekt möglichst schnell zu starten.

Reto Eberhard (SVP)

Das ist nicht ganz richtig, ein Gebäude nach dem anderen, es kann auch eine Möglichkeit sein, zwei oder drei Gebäude miteinander zu machen. Es sind nicht nur die fünf Schulhäuser, die im B+A aufgeführt sind, die Gemeinde hat ein sehr grosses Finanzvermögen, ebenfalls in Liegenschaften, und die betrifft das auch. Es ist ein riesiges Investitionsvolumen, auch da müssen wir schauen, was wir stemmen können und was überhaupt wann sinnvoll ist und da wäre es gut, wenn wir das nicht so etappenweise machen, sondern wenn man einmal eine Gesamtsicht hat. Aber nichtsdestotrotz kann man mit einem Objekt schon möglichst schnell vorwärtsmachen. Man muss jetzt nicht warten bis der Zusatzbericht kommt, im Prozess soll jetzt nichts gestoppt werden und wie gesagt, die Gemeinde hat sehr viele Objekte, die angegangen werden müssen.

Urs Rölly (FDP)

Der erste Antrag der GPK umschreibt das genau. Wir sagen, dass man das aus ökologischen, finanziellen und technischen Gesichtspunkten anschauen und dazu eine Strategie entwickeln soll. Was sollen wir da tausend Mal hin- und herrechnen. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat das auch grad in die Richtung macht, er hat uns verstanden, wie wir das machen wollen. Die Zeichen sind klar gesetzt und der Antrag wurde auch ganz klar angenommen. Was wollen wir da hin- und herrechnen? Man kann auch 10 Szenarien machen und dann rechnet und rechnet man. Sie haben selbst gesagt, wir machen eine Vorwärtsstrategie, also machen wir das doch auch. Der Gemeinderat muss schauen, in welche Richtung es geht und dann bin ich schon bei Ihnen, dass man sagen kann, nach zwei Jahren hat z. B. technisch etwas geändert oder was auch immer. Aber das gestehe ich dem Gemeinderat zu, dass er auf so einen Wink auch reagiert.

Leo Camenzind (Die Mitte)

Wir reden hier von einem Investitionsvolumen von mindestens 19 Mio. Franken. Ich gehe davon aus, wenn man die Fernwärmeleitungen dazurechnet, gehen wir vielleicht vom Eineinhalbfachen oder fast Doppeltem aus. Wir wollen das innerhalb der nächsten 18 Jahre, bis 2040, ausgeben. Da darf man sich schon die Etappen überlegen und wie das gesamthaft aussehen soll, wohin kommen wir mit den Kosten und nicht einfach mal loslegen und dann sagen, dass es jetzt 25 oder 30 Mio. Franken geworden sind. Das geht doch nicht! Wir müssen haushälterisch mit unserem Geld umgehen.

Jürg Biese (FDP)

Wir haben darüber abgestimmt, dass das Ziel vor 2040 erreicht werden soll. Also diskutieren wir nicht mehr darüber, ob wir das machen, sondern wir haben gesagt, dass wir das machen, d. h. wir müssen natürlich auch die Kosten tragen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Zweitens hat Herr Jung gesagt, dass wir in der Investitionsrechnung eine Übersicht erhalten, welches Gebäude wie viel CO₂-Emissionen verursacht. Dann werden wir sehen, welche Heizungen nötig sind, wie hoch werden die Kosten und aufgrund dessen können wir nachher entscheiden, ob Gebäude A oder B wichtiger ist, ob die Heizung am Ende ihres Lebenszyklusses ist oder ob wir sie vorzeitig erneuern wollen. Die Möglichkeiten haben wir. Wir brauchen keinen Bericht mehr, mit der Investitionsrechnung können wir steuern und sagen, was wichtig ist und die Prioritäten selbst setzen.

In der Regel ist der AFP für die nächsten fünf Jahre. Grundsätzlich wollen wir eine gute Darlegung, wie das aussehen soll. Wie Herr Biese gesagt hat, bis 2040, das sind 18 Jahre und ich bin skeptisch, ob nur schon die 19 Mio. Franken richtig gerechnet wurden, auch ohne Hauszuleitungen usw. Das können wir doch verlangen und wie gesagt, im AFP sind die nächsten fünf Jahre abgebildet, aber es geht rund 18 Jahre. Vielleicht geht es aber auch nicht 18 Jahre, vielleicht möchten wir das bereits schon nach 13 Jahren umgesetzt haben. Das wollen wir mit dem Bericht wissen.

Urs Rölli (FDP)

Bei den konkreten Projekten können wir Ihnen sagen, wie viel es kostet. Es ist ja nicht so, dass Sie einmal Ja sagen und dann machen wir einfach irgendwelche Projekte und realisieren das Ganze. Zweitens müssen wir auch noch auf die anderen Investitionen in der Gemeinde Rücksicht nehmen. Es muss immer miteinander abgestimmt und verträglich sein. Darum ist es nicht sinnvoll, einen riesigen Aufwand mit einer riesigen Rechnerei zu betreiben und am Schluss kommt es vielleicht wirklich anders heraus, weil andere Investitionen vorzuziehen sind. Auch wie viel die Leitungszuführungen kosten, kommt darauf an, wie nah dann allenfalls die Möglichkeiten von den Zuleitungen sind. Das jetzt ausrechnen zu wollen, ist eine Scheingenauigkeit, die letztendlich nicht stimmt. Darum bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Das Ziel, das erreicht werden soll, kann mit dem Antrag der GPK erreicht werden.

Astrid David Müller
(SVP)

Ich möchte mich dem Votum anschliessen. Wir müssen die gesamten Investitionen im Auge behalten und uns jetzt nicht nur auf die Dekarbonisierung stürzen. Die ist wichtig und die ist auch in den nächsten fünf Jahren wichtig, dass man sieht, was man in nächster Zeit investieren will. Was weiter hinaus ist, ist Kaffeesatz lesen, wir wissen auch weiter hinaus nicht alle Investitionen, die wir in der Gemeinde tätigen, aber wir müssen für die nächsten Jahre eine gewisse Sicherheit haben. Jetzt muss man sich dazu bekennen und sagen: Ja, wir wollen das. Ob das am Schluss 19 Mio. sind oder 25 Mio. Franken kostet, auf die Zeitdauer hinaus ist das irrelevant. Sie müssen doch wissen, was in den nächsten paar Jahren im AFP aufgenommen werden muss und das signalisieren Sie jetzt mit dem Investitionsplan. Wir führen jedes Gebäude auf, an dem wir etwas machen wollen und zeigen Ihnen auf der Zeitachse, wann das geplant ist. Das Gesamte muss in die Gesamtinvestitionen eingebettet werden. Wenn wir jetzt nur einen Bericht über die Dekarbonisierung unserer Gebäude machen, dann haben Sie alles andere, wie den Ergänzungsbau Schulhaus Allmend und Weiteres nicht in der Gesamtsicht. Die Gesamtsicht erhalten Sie nur, wenn Sie den Investitionsplan anschauen und alles, was über den Investitionsplan hinausgeht, übersteigt Ihre und unsere Möglichkeiten, in die Zukunft zu schauen.

Hans-Ruedi Jung (Die
Mitte)

Es geht uns nicht um eine grosse Rechnerei. Die meisten der Zahlen, die man für die Rechnerei braucht, sind zu drei Viertel bereits im Planungsbericht vorhanden. Das kann man noch mit den fehlenden Zahlen ergänzen und dann daraus auch Szenarien zum heutigen Zeitpunkt ableiten. Es geht nicht um Kaffeesatz lesen, es geht nicht darum, zu verweisen, was in 10 oder 15 Jahre wie viel kostet. Dass sich die Preise und die Investitionen noch verändern werden, ist völlig klar und unbestritten. Es geht darum, jetzt Szenarien und einen Weg abzuleiten. Frau David Müller, Sie haben am Anfang gesagt, dass Sie sich vom Einwohnerrat ein Zeichen wünschen und ich glaube, deutlicher kann das Zeichen fast nicht mehr sein als es heute Abend mit all den Voten und so grossen Mehrheiten ausgefallen ist. Es geht nicht darum, sich auf die Dekarbonisierung zu stürzen, sondern es geht darum, das jetzt wirklich ernst zu nehmen und mit all den Massnahmen, die es halt braucht. Natürlich gibt es noch andere Investitionen, das ist uns auch klar, aber mit allen Massnahmen und allen Mitteln, die es braucht, wirklich vorwärtzumachen. Und dann ist nicht der erste Schritt eine Sonderbohrung in Kastanienbaum, wo frisch renoviert wurde, sondern dass man sich zuerst den grossen Brocken stellt. Vielleicht ist der Ablauf nachher mit dem AFP noch einmal ein anderer, aber es ist uns wichtig, Ihnen das deutliche Zeichen zu geben, das Sie sich gewünscht haben.

Philipp Peter (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der FDP: «Wir fordern einen Zusatzbericht mit folgendem Inhalt:

1. Szenarien
 - a) Kosten/Nutzen
 - b) Terminübersicht inklusive Möglichkeiten einer vorzeitigen Umsetzung (vor 2040)
 - c) Vorzeitige Umsetzung im Hinblick darauf, dass auch noch etwas Intaktes ersetzt wird (graue Energie), wenn dabei die grössten CO₂-Verursacher beseitigt werden können.
2. Konzept und Planung der Sanierungs- und Investitionsmassnahmen
3. Gesamtbetrachtung je Objekt inklusive Zuleitungen, Photovoltaik und allfälligen Desinvestitionen.»

Dem Antrag wird mit 15:13 Stimmen zugestimmt.

Anhang: Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» der Firma OekoWatt AG, Luzern, vom 11. April 2022

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss, Punkt 1:

Der Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» wird mit 26:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 2, dem Antrag zur Abschreibung der Motion Nr. 2020-309 erteile ich dem Motionär Urs Röllli, FDP, das Wort.

Aufgrund des Antrags der FDP beantragen wir, die Motion noch nicht abzuschreiben.

Abstimmung Beschluss, Punkt 2:

Die Abschreibung der Motion Nr. 2020-309 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Planungsbericht zu einem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw («Öl- und Gasheizungen sollen verschwinden!») wird mit 13:15 Stimmen abgelehnt.

Gesamtabstimmung:

Dem Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» wird einstimmig zugestimmt.

Stefan Maissen (FDP)

Urs Röllli (FDP)

Stefan Maissen (FDP)

Stefan Maissen
Einwohnerratspräsident

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 25. Juni 2022